

Das Grundeinkommen – eine Lösung für unser Sozialsystem ?

Die offizielle Vorlage für Seminar-,
Diplom- und Bachelorarbeiten an der
FH Aschaffenburg

Diplomarbeit von

Julian Hauck

11.12.2008

Fehler! Kein Text mit angegebener Formatvorlage im Dokument.

FACHHOCHSCHULE ASCHAFFENBURG

FAKULTÄT WIRTSCHAFT UND RECHT

WÜRZBURGER STRASSE 45

D-63743 ASCHAFFENBURG



Vorwort

Politik im weiteren Sinne war für mich die meiste Zeit meiner Jugend nie ein Thema. Erst mit Beginn des Studiums sind mir manche Fehlsteuerungen bewusst geworden. Das ging los mit der Anmeldung eines Gewerbes, nur um meine zwei Nebenjobs Abgabenfrei halten zu können. Dann durfte ich aber nur 7680€ Gewinn im Jahr haben, da sonst das komplette Kindergeld von 154€ im Monat entfiel. Es macht natürlich einen riesigen Eindruck auf einen sonst zufriedenen Auftraggeber, wenn man sagt: Nein, mehr darf ich nicht verdienen. Aber was blieb übrig. Zusammen mit der dann fälligen Einkommenssteuer hätte ich über 10500€ Gewinn machen müssen, um überhaupt etwas mehr als bei den 7680€ behalten zu können. Das ist ganz gravierend für ALG I-Bezieher ist, die einen Gelegenheitsjob annehmen wollen und Ihnen im Gegenzug das komplette Geld gestrichen wird, bekam ich so Nebenbei mit.

Später lernte ich die Gesellschaft zur beruflichen Förderung (GbF) in Aschaffenburg kennen. Ich sollte dort Trainer (Lehrer, oder Nachhilfe) für Azubis sein, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Stelle bekamen, und nun eine vom Staat bezahlte Ausbildung in Betrieb, Schule und GbF bekommen. Für die Unternehmen sind die Schüler kostenfreie Mitarbeiter. Sehr auffällig war die geringe Motivation unter den Schülern, sowie die Offensichtlichkeit, dass die meisten nur da sind, damit sie irgendwo unterkommen (z.B. Verkäufersausbildung). Die Talente lagen oft ganz woanders. Zielführend und Sinnstiftend konnte es in der GbF nur schwer sein, da man offensichtlich sah, dass man auf dem Arbeitsmarkt nicht gebraucht ist, und nur vorbereitet werden sollte, falls es doch mal zu mehr Nachfrage nach Arbeitskräften komme. Unter den Bedingungen, sowie den teilweise antiquierten Vorstellungen von Motivation der betreuenden Sozialpädagogen wäre es mir persönlich extrem schwer gefallen, mich 2 Jahre durch eine dermaßen erniedrigende Ausbildung zu schleppen, und dann Hochmotiviert in das Berufsleben zu starten.

Während meiner Studienzeit ist mir ein weiteres Phänomen aufgefallen, die Entfremdung! War ich gerade tagsüber damit beschäftigt, mir mit dem Auftraggeber einen neuen Absatzmarkt zu überlegen und die Situation zu prüfen, so mache ich mir da Selbstverständlich auch Abends und Nachts unentgeltlich Gedanken darüber. Wenn ich mich also abends und nachts in der Disko mit anderen Menschen unterhalte, kommt es sehr bald zu diesem Gesprächsthema. Wenn man dann etwas von der Arbeit des Ge-

genüber wissen möchte, so kommt nicht selten ein: „Ich will Abends nichts von der Arbeit hören“. Das hat mich zunächst sehr erstaunt, und mir gezeigt welches Glück ich mit meiner Tätigkeit habe. Auffällig ist das hierzulande auch bei den leeren Gesichtern z.B. einiger Dienstleister im Gastronomiebereich. Sehr oft tragen sie die berühmte: „Am liebsten wäre ich gerade ganz woanders“ -Plakette auf der Brust. Auf der anderen Seite findet man beispielsweise in Mallorca einheimische Barkeeper, die Ihren Beruf leben! Scherzen, Spaß machen, einen ärgern, voll dabei sein!

In meiner Tätigkeit bei der HMI Organisation seit 2007 wurde ich meiner Meinung darin noch bestärkt, dass ein Angestelltenleben, so wie es heute in Deutschland üblich ist, in den meisten Fällen nicht besonders Sinnstiftend und ziemlich Entfremdend ist. Hinzu kommt, dass man als Angestellter des Mittelstandes der Depp ist, der per Sozialabgaben für alle anderen nicht Erwerbstätigen Personen aufkommen muss. Die Abgaben sind hoch! Besonders drastisch merkt man das an dem Beispiel der Entgeltumwandlung im Rahmen einer betrieblichen Altersvorsorge.

Diese ermöglicht eine Rentenansparung, bei der Steuern und Sozialabgaben reduziert werden können. Es wirkt also wie eine Brutto-Gehaltskürzung um den Einsparbetrag (max. 212€ im Monat), der aber Netto für die Rente angespart wird. Wenn man ein Bruttoeinkommen bei 3600€ im Monat hat, so kann man damit etwa 127€ Abgaben einsparen. Anders formuliert, der Bruttosparbetrag von 212€ ist NUR mit einem Nettoaufwand von 85€ verbunden. Das Produkt spricht für sich, und zeigt eine ungemein hohe Förderquote auf! Mehr noch, der Arbeitgeber spart auch noch einmal ca. 41€ seinerseits an Sozialabgabenlast. Im Umkehrschluss bedeutet dies jedoch nichts anderes, als dass die Grenzabgabenlast mit in diesem Fall 60% deutlich zu hoch und Leistungsfeindlich ist!

Besonders schlimm jedoch, dass es mit dieser Abgabenlast noch nicht einmal geschafft ist, eine ordentliche Absicherung zu erreichen. Was bei der massiven Rentenlücke anfängt, geht weiter über die Kranken- und Pflegeversicherung, die längst nicht mehr halten kann, was Sie verspricht. Ich habe also als Arbeitnehmer eine riesige Abgabenlast, dafür das ich noch nicht einmal richtig abgesichert bin!?

Gegen Sommer 2007 kam ich das erste Mal mit der Idee des bedingungslosen Grundeinkommens in Berührung. Ein Artikel in der Zeit zeigte Menschen verschiedenen Alters und Geschlechts und überall eine magische Zahl: 1500€! Klang zunächst äußerst befremdend und Utopisch. Als ich dann jedoch den konkreten Vorschlag von Dieter Althaus gelesen habe, wurde die Idee langsam interessant....

Inhaltsverzeichnis

ABBILDUNGSVERZEICHNIS	VII
TABELLENVERZEICHNIS	VIII
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	IX
1 EINLEITUNG	1
2 DER ARBEITSMARKT UND DAS SOZIALE SICHERUNGSSYSTEM IN DEUTSCHLAND	3
2.1 Arbeit als Problemlösung	3
2.2 Von der Selbstversorgung zur Arbeitsteilung	4
2.3 Industrielle Revolution	6
2.4 Das Soziale Sicherungssystem in Deutschland	7
2.5 Ausnahme Wirtschaftswunder	9
2.6 Aktuelle Problemstellungen	10
3 VERSCHIEDENE GRUNDEINKOMMENSMODELLE IM VERGLEICH	12
3.1 Grundeinkommen – Was ist das?	12
3.2 Grundeinkommen nach Götz W. Werner	13
3.3 Solidarisches Bürgergeld nach Dieter Althaus	15
3.4 Das Dilthey-Modell	19
3.5 Ein reales Beispiel: Der Alaska Permanent Fund	22

3.6 Aktuell: Brasilien	23
4 DAS BGE IN DER DISKUSSION	24
4.1 Die Frage der Finanzierbarkeit	24
4.1.1 Finanzierung über Einkommensteuer	25
4.1.2 Finanzierung über Konsumsteuer	26
4.1.3 Finanzierung über Sozialumsatzsteuer	27
4.1.4 Öko-Steuer	28
4.1.5 Kapitalumsatzsteuer	28
4.1.6 Konkretes Beispiel: Solidarisches Bürgergeld	29
4.2 Die Frage der Schaffung von Anreizen	32
4.3 Die Frage der Gegenleistung	34
4.4 Die Frage der Administrierbarkeit	36
4.5 Argumente der Grundeinkommensgegner	36
4.6 Weitere Gründe für ein Grundeinkommen	40
5 MÖGLICHE ALTERNATIVEN	45
5.1 Negative Einkommensteuer	45
5.2 Kombilohn	46
6 PERSÖNLICHER VORSCHLAG FÜR EIN BGE	47
7 ABSCHLIEßENDE BEWERTUNG	53
LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS	55

Abbildungsverzeichnis

Abbildung1: Die industrielle Revolution

Abbildung2: Einkommen eines Ledigen, Persönliches Einkommen X führt zu Gesamteinkommen Y (eigene Berechnung)

Abbildung3: Einkommen eines Paares ohne Kinder, Persönliches Einkommen X führt zu Gesamteinkommen Y (eigene Berechnung)

Abbildung 4: Einkommen einer Familie mit 2 Kindern, Persönliches Einkommen X führt zu Gesamteinkommen Y, eigene Berechnung)

Abbildung 5: Auswirkungen des Dilthey-Modells, Eigenes Einkommen X ergibt Gesamteinkommen Y (eigene Berechnung)

Abbildung 6: Was bleibt vom Zuverdienst? Beispiel 4-köpfige Familie. Vom Hinzuverdienst X verbleibt Y.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Entwicklung der Beitragssätze in der Renten-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung für 1996 bis 2008

Tabelle 2: Beitragsbemessungsgrenzen monatlich und Jährlich

Tabelle 3: Notwendige Steuersätze und Varianten zur Finanzierung des Bürgergeldes und der Gesundheitsprämie

Tabelle 4: Einsparpotenziale bei steuerfinanzierten Sozialleistungen nach Einführung eines solidarischen Bürgergeldes, Quelle: Opielka/Strengmann-Kuhn (2006) S.64

Tabelle 5: Eigener Vorschlag für ein Grundeinkommen

Abkürzungsverzeichnis

%	Prozent
€	Euro
\$	US-Dollar
ALG I	Arbeitslosengeld I
ALG II	Arbeitslosengeld II
BAFöG	Bundesausbildungsförderungsgesetz
BGE	bedingungsloses Grundeinkommen
bzw.	Beziehungsweise
ca.	circa
CDU	Christlich-Demokratische Union
d.h.	das heißt
EST	Einkommensteuer
FDP	Freie Demokratische Partei
GKV	gesetzliche Krankenversicherung
GRV	gesetzliche Rentenversicherung
HWWI	Hamburgisches Weltwirtschaftsinstitut
Ifo	Institut für Information und Forschung
Iwd	Institut der deutschen Wirtschaft Köln
KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung
Mrd.	Milliarden
NRW	Nordrhein-Westfalen
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPV	soziale Pflegeversicherung
ver.di	Vereinte Dienstleistungsgesellschaft
z.B.	zum Beispiel

1 Einleitung

„Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht Essen“. Mit diesem Zitat beantwortete Franz Müntefehring die Frage, was denn Hartz IV sei.¹ An diesem Grundgedanken – erstmals formuliert im 2. Brief des Paulus an die Thesalonicher, Kap.3, 10 – orientiert sich die deutsche Sozialpolitik seit Bismarcks Zeiten.

Mit anderen Worten: Hier wird Hilfe einer fadenscheinigen, aus dem Kontext gerissenen Quelle zu untermauern versucht, was in unserem heutigen Sozialsystem üblich ist: Die Koppelung von Transferzahlungen an die Arbeitsbereitschaft.²

Dieses System wäre grundsätzlich nicht in Frage zu stellen, wäre nicht auf der anderen Seite seit den 70er Jahren ein stetiger, konjunkturbereinigter Anstieg der Sockelarbeitslosigkeit zu beobachten.³ Dazu kommt seit einiger Zeit in den industriellen Ländern noch das Problem steigender „Armut trotz Arbeit“.⁴

In meiner Arbeit greife ich die Diskussion um das bedingungslose Grundeinkommen und seine verschiedenen Ausprägungen auf. Dazu gehe ich im zweiten Kapitel zunächst auf die Entstehung und Entwicklung des Arbeitsmarktes sowie des deutschen Sozialsystems ein. Ich will damit auch deutlich machen, wie nötig die Suche nach einer ernsthaften Alternative zum heutigen Sozialsystem ist.

Im dritten Kapitel werden einige der bekannten Grundeinkommensmodelle vorgestellt. Hier stehen das populäre „bedingungslose Grundeinkommen“ von Götz W. Werner sowie das „solidarische Bürgergeld“ von Dieter Althaus im Mittelpunkt, zwei Modelle, die alle wesentlichen Vorteile in der Grundeinkommensdiskussion vereinen und trotzdem in ihrer Ausgestaltung noch sehr verschieden sind. Weitere Modelle wie das weniger bekannte Dillthey-Modell bieten ebenfalls interessante Synergien.

Im folgenden vierten Kapitel, das eigentliche Hauptkapitel, wird explizit auf die breiten Argumentationsreihen eingegangen. Verschiedene Grundstandpunkte und Eckpfeiler werden herangezogen und diese auf Vor- und

¹ Vgl. Die Zeit, (2006)

² Vgl. Bandorf (2008) S.1

³ Vgl. Sinn (2004) S. 24

⁴ Vgl. Junginger (2007) S.1

Nachteile, bzw. Chancen und Risiken überprüft. Hierbei kommen nicht nur rein ökonomische, sondern auch sozialwissenschaftliche und psychologische Argumente zum Vorschein.

Ein besonderes Augenmerk liegt hier auf den Themen Finanzierbarkeit, Anreizschaffung für Arbeit und alternativer Beschäftigung. Wichtig ist in dem Zusammenhang die Diskussion um die Umgestaltung der Aufgaben der Arbeitsagenturen, Schulungsmaßnahmen, sowie des Finanzamts. Im Mittelpunkt steht hierbei auch die Frage der Reziprozität, sprich der Gegenleistung. Des Weiteren kommen auch ökologische Zusammenhänge in Betracht, die auf den ersten Blick überhaupt nicht in die Diskussion hineinpassen mögen. Das Thema Grundeinkommen ist sehr allumfassend, so dass eine Beleuchtung von vielen Seiten von Nöten ist.

Kapitel Nummer fünf zeigt kurz die möglichen Alternativen und deren Auswirkungen und Wertungen im Einzelnen auf. Hierbei geht die Diskussion um Alternativen in der Frage der Eliminierung der Armutsfalle, wie den Kombilohn oder die negative Einkommensteuer.

Im sechsten Kapitel werden persönliche Gedanken zu einem Grundeinkommen, wie es ausgestaltet sein sollte oder könnte aufgezeigt. Hierbei müssen verschiedene Eckpfeiler bedacht werden, um unerwünschte Nebeneffekte weitgehend ausschließen zu können. Zuletzt folgt noch eine abschließende Zusammenfassung sowie ein Appell an die Zukunft.

2 Der Arbeitsmarkt und das soziale Sicherungssystem in Deutschland

2.1 Arbeit als Problemlösung

Um die Diskussion über ein bedingungsloses Grundeinkommen in Deutschland und in Ländern wie der Schweiz zu verstehen, hilft ein Blick in die Vergangenheit. Der Mensch war stets bemüht, die Probleme zu lösen, die sich ihm in den Weg stellten. Der Versuch, Probleme zu lösen, ist wahrscheinlich Grundlage jeder Arbeit.

Ein einfaches Beispiel: Unsere steinzeitlichen Vorfahren litten besonders im Winter unter der Kälte. Sie lösten dieses Problem mit Hilfe des Feuers. Die Beherrschung des Feuers bot ihnen Wärme – das Problem war gelöst. Dadurch hatten sie an Wärme und sorgenfreier Zeit gewonnen. In der Wirtschaftswissenschaft spricht man bei einem derartigen Zeitgewinn von Mehrwert.⁵

Mit der Zeit kamen die Höhlenmenschen auf neue Gedanken: Das Feuer könnte helfen, mehr Nahrungsmittel (z.B. Fleisch) genießbar zu machen. Sie könnten in kälteren Regionen siedeln. Und es zwang sie dazu, brennbare Materialien zu sammeln. Kurz: durch die Lösung des Problems der Kälte entstanden neue Probleme.

Das Feuer brachte also neue Möglichkeiten mit sich, die wiederum zu neuen Problemen führten. Diese Probleme wären nie entstanden, hätten sich nicht aus einem vorher gelösten Problem neue Möglichkeiten ergeben.⁶

Ein anderes transparentes Beispiel ist die Erfindung des Rades. Dieser Erfindung verdanken wir die Möglichkeit, Kutschen, Fahrräder, Autos und Inline-Skates zu bauen, ganz abgesehen von den zahllosen Nutzungsmöglichkeiten der Vergangenheit. Nicht umsonst lautet das Sprichwort: „Wir müssen das Rad nicht neu erfinden.“

Was für das Feuer und für das Rad galt, kann man auch auf viele spätere Erfindungen übertragen. Ein Beispiel hierfür sind die Schriften von Karl Marx, die viel später in Russland Anwendung fanden. Marx hatte

⁵ Vgl. Füllsack (2002) S. 18

⁶ Vgl. Füllsack (2002) S. 16

seine Bücher mit Blick auf die Probleme im Westen geschrieben, während die "Früchte" seiner Arbeit in Russland unter ganz anderen Voraussetzungen geerntet wurden. Man kann also festhalten, dass Problemlösungen, sprich Arbeitsergebnisse

- aus dem Kontext ihres Entstehens gelöst
- räumlich wie auch zeitlich transferiert werden können.⁷

Heute sind solche Wohlfahrtsgewinne allgegenwärtig. In modernen Küchen stecken Milliardeninvestitionen, die die Hausarbeit erleichtern. Es gibt für jedermann unzählige einfache Werkzeuge und auch der Bagger auf der Baustelle ist ein Gewinn aus der Vergangenheit, den wir Unternehmern, Forschern und Erfindern zu verdanken haben.⁸

Diese Überlegungen sollen verdeutlichen, dass wir heute von Problemlösungen aus früherer Zeit profitieren. Eine heute mit hoher Effizienz erbrachte Leistung kann also nicht als Individualleistung betrachtet werden, sondern setzt sich aus unzähligen, voneinander abhängigen vorausgegangenen Problemlösungen zusammen.⁹ Wer sich heute schmeichelt, er habe seinen Wohlstand selbst erarbeitet und verdient, verdrängt diese Wirklichkeit.¹⁰

2.2 Von der Selbstversorgung zur Arbeitsteilung

Das eingangs erwähnte Zitat von Herrn Müntefering hat seinen Platz in der Bibel und seinen Ursprung in der Selbstversorgergesellschaft. Räumlich begann dieser Prozess des Sesshaft werden der Menschen in Vorderasien, zwischen dem Mittelmeer, der südlichen Türkei, des nördlichen Syrien, sowie Euphrat und Tigris, und zwar unmittelbar nach der letzten Eiszeit vor 10.000 Jahren. Man bezeichnete den Übergang von steinzeitlichen Jäger- und Sammlerkulturen zu den ersten Ackerbau- und Viehzuchtgesellschaften als „neolithische Revolution“.¹¹ Je nach Kontinent und Region währte dieser Prozess bis hinein ins 19. und 20. Jahrhundert.

Geprägt war diese Zeit durch den täglichen Kampf gegen den Mangel. Wer den nötigen Arbeiten auf dem Feld und beim Vieh und Garten nicht nachkam, litt früher oder später Hunger. Fast alle Erzeugnisse waren für den Eigenverbrauch bestimmt. Überschüsse wurden verkauft oder gegen

⁷ Vgl. Füllsack (2002) S. 19f

⁸ Vgl. Miegel (2007) S. 128f

⁹ Vgl. Füllsack (2002) S. 19f

¹⁰ Vgl. Miegel (2007) S. 129

¹¹ Vgl. Reitner/Weber (2005) S. 124f

Waren eingetauscht die man selbst nicht herstellen konnte.¹² Generell benötigte es nur sehr wenige gewerbliche Vorrichtungen außer Haus, um Nahrungsmittel in einen Genussreifen Zustand zu veredeln.

Ein Beispiel für die Anfänge von Arbeitsteilung ist das Mahlen von Getreide, das einem Müller übertragen wurde, der dann einen gewissen Anteil, an Korn als Gegenleistung einbehielt. Das Backen dagegen wurde lange Zeit im eigenen Haus erledigt und erst sehr viel später einem Bäcker übertragen.¹³

Arbeitsteilung im großen Stil entstand erst mit Beginn der Industrialisierung. In Großbritannien, dem „Mutterland“ der Industrialisierung, begann der Prozess bereits im 18. Jahrhundert,. Dafür waren mehrere Faktoren verantwortlich, darunter der Anstieg der Bevölkerung (nach einer Reihe von guten Ernten) zwischen 1720 und 1750 und die Anfänge der Urbanisierung durch den Bedarf an Arbeitskräften in den neu entstehenden Fabriken. Der Produktionsüberschuss begünstigte zudem den Außenhandel. Die steigenden Außenhandelsumsätze und Löhne waren eine Ursache für die Suche nach Methoden zur Rationalisierung.

Erfindungen wie die Spinnmaschine und später der Dampfkessel machten die Produktion von Textilien bedeutend günstiger und verbesserten gleichzeitig die Qualität der Erzeugnisse. Die Nachfrage in Mitteleuropa stieg, was den Außenhandel förderte. Auch einfache Erzeugnisse auf der Basis von Kohle und Eisen gewannen in England im 18. Jahrhundert bereits an Bedeutung.¹⁴

In Deutschland war die Ausgangslage etwas anders. Grundlegend war hierbei war eine Hungerkrise 1845 und 1846, sowie ein Arbeitskräfteüberschuss. Die Landwirtschaft hatte bereits Ihre Produktivität deutlich verbessert, sodass viele Arbeiter gezwungen waren in Städte zu gehen, oder auszuwandern. Auch gerade durch die schon lange Zeit vorher eingesetzte Industrialisierung in Großbritannien war Deutschland wirtschaftlich gezwungen sich diesem Weg anzuschließen.

Ein Problem war die Aufteilung des Landes in 40 autonome Kleinstaaten. Größere Wirtschaftsmacht hatte nur Österreich und Preußen. So war zunächst eine engere Verknüpfung der gesamten Staaten nötig, in der Preußen im Folgenden die Vorreiterrolle spielte.¹⁵

¹² Vgl. Werner (2007_1) S. 49

¹³ Vgl. Sombart 1987, S. 63ff

¹⁴ Vgl. Stempel 2003 S. 3ff

¹⁵ Vgl. Elbeshausen (1994) S. 16ff

2.3 Industrielle Revolution

Dieser Prozess führte schließlich zu einer der wichtigsten Stationen für die Entwicklung des Arbeitsmarktes: zur industriellen Revolution. Sie wird allgemein als ein relativ plötzlich einsetzender, perpetuierender Wachstumsprozess auf sehr hohem Niveau beschrieben.

Nach Rostow ist sie schlicht als „take off“ in eine explodierende Produktionsphase zu beschreiben. Problematisch waren zunächst die immer stärker werdenden regionalen Unterschiede. Einige Gebiete waren deutlich fortschrittlicher und produktiver als andere, was in allgemein gehaltenen Geschichtsbüchern gerne untergeht.¹⁶

Die beschriebene industrielle Revolution gilt in der Wirtschaftswissenschaft als erste industrielle Revolution. Das folgende Schaubild soll verdeutlichen, wann und wie die industrielle Revolution, sowie auch die zweite und dritte anzusiedeln sind.

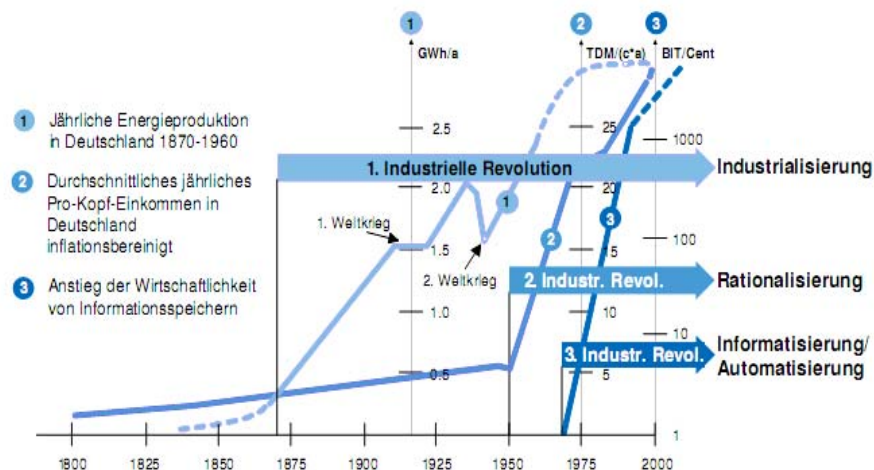


Abbildung1: Die industrielle Revolution

Durch die erste industrielle Revolution entstanden ganz neue Möglichkeiten für die Produktion. Durch die Fließbandarbeit war eine Standardisierbarkeit gegeben, die es ermöglichte, einzelne Teile beliebig zusammenzusetzen, zu duplizieren und auszutauschen. Erst dadurch wurden Produkte wie z.B. Autos, deren handwerkliche Fertigung schon allein aufgrund des enormen Zeitaufwands undenkbar ist, überhaupt möglich. Es würde jedoch den Rahmen dieser Arbeit sprengen, auf die weiteren Vorteile der Arbeitsteilung näher einzugehen.¹⁷

¹⁶ Vgl. Gall (2004) S. 111

¹⁷ Vgl. Schuh (2005) S. 7

2.4 Das Soziale Sicherungssystem in Deutschland

In der Zeit der ersten industriellen Revolution beginnt auch die Geschichte des Sozialversicherungssystems in Deutschland. Die gesetzliche Krankenversicherung wurde im Jahre 1883 gegründet, und feiert somit in diesem Jahr ihr 125-jähriges Bestehen. Obwohl das Krankenversicherungsgesetz von 1883 ursprünglich nur eine Konsolidierung und Weiterentwicklung bestehender Institutionen vorsah¹⁸, war die Krankenversicherung der erste offizielle soziale Versicherungszweig. 1884 folgte die Unfallversicherung, 1889 die Alters- und Invaliditätssicherung. 1912 wurde die Sozialversicherung für Angestellte und 1927, also in der Weimarer Republik, die Arbeitslosenversicherung eingeführt.

Eine besondere Reform der Nachkriegszeit stellte die Reform der Rentenversicherung im Jahre 1957 dar. Es entstand eine Lohnformel, nach der sich die späteren Rentenerträge der Arbeitnehmer errechneten. Eine weitere Neuerung war die Finanzierung der Rentner durch die aktiv Versicherten. Im Jahr 1994 entstand mit der sozialen Pflegeversicherung die fünfte Säule der Sozialversicherung.¹⁹

Die einzelnen Säulen der Sozialversicherung werden im Wesentlichen über die Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanziert. Die Beitragshöhen sind gesetzlich festgeschrieben. Einzig die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung variieren (noch); zum 1. November 2007 lagen sie bei durchschnittlich 13,89 %.²⁰ Seit dem 1. Juli 2005 gilt eine Neuregelung, wonach ein Beitrag für Zahnkostenersatz von 0,9% erhoben wird, welcher ausschließlich von den Arbeitnehmern zu tragen ist.

Die gesetzliche Unfallversicherung trägt dagegen allein der Arbeitgeber. Sie errechnet sich durch das nachträgliche Bedarfsdeckungsverfahren, das heißt, die Unternehmen legen ihre Aufwendungen, sprich Entgelte der Arbeitnehmer und Gefahrengruppen der Branche, am Jahresende um.²¹

¹⁸ Vgl. Ritter (1983) S. 40ff

¹⁹ Vgl. Deutsche Sozialversicherung (2008) S. 1

²⁰ ebd.

²¹ ebd.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Beiträge der drei beitragsfixen Säulen des Sozialsystems: Renten-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung.

	Rentenversicherung		Arbeitslosenvers.		Pflegeversicherung*	
	Gesamt	AG-Anteil	Gesamt	AG-Anteil	Gesamt	AG-Anteil
01.01.1996 - 30.06.1996	19,20%	9,60%	6,50%	3,25%	1,00%	0,50%
01.07.1996 - 31.12.1996	19,20%	9,60%	6,50%	3,25%	1,70%	0,85%
1997	20,30%	10,15%	6,50%	3,25%	1,70%	0,85%
1998	20,30%	10,15%	6,50%	3,25%	1,70%	0,85%
01.01.1999 - 31.03.1999	20,30%	10,15%	6,50%	3,25%	1,70%	0,85%
01.04.1999 - 31.12.1999	19,50%	9,75%	6,50%	3,25%	1,70%	0,85%
2000	19,30%	9,65%	6,50%	3,25%	1,70%	0,85%
2001	19,10%	9,55%	6,50%	3,25%	1,70%	0,85%
2002	19,10%	9,55%	6,50%	3,25%	1,70%	0,85%
2003	19,10%	9,60%	6,50%	3,25%	1,70%	0,85%
2004	19,50%	9,75%	6,50%	3,25%	1,70%	0,85%
2005	19,50%	9,75%	6,50%	3,25%	1,70%	0,85%
2006	19,50%	9,75%	6,50%	3,25%	1,70%	0,85%
2007	19,90%	9,95%	4,20%	2,10%	1,70%	0,85%
01.01.2008 - 30.06.2008	19,90%	9,95%	3,30%	1,65%	1,70%	0,85%
01.07.2008 - 31.12.2008	19,90%	9,95%	3,30%	1,65%	1,95%	0,975%

Tabelle 1: Entwicklung der Beitragssätze in der Renten-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung für 1996 bis 2008

Seit 2005 werden Kinderlose Personen ab 23 Jahren zu einem Aufschlag zur Pflegeversicherung verpflichtet, der den Arbeitnehmerbeitrag um 0,25% erhöht, bei unverändertem Arbeitgeberbeitrag. Die Prozentual vollen Beiträge müssen nur zwischen einem Bruttoarbeitsentgelt von 800 € monatlich bis zur jeweiligen Beitragsbemessungsgrenze bezahlt werden. Diese werden jährlich dynamisiert, sprich der Entwicklung der Bruttoarbeitsentgelte angepasst.

	Renten-/Arbeitslosenversicherung		Kranken-/Pflegeversicherung	
	West	Ost	West (+ Berlin-Ost)	Ost (außer Berlin-Ost)
1996 jährlich	96.000,00 DM	81.600,00 DM	72.000,00 DM	61.200,00 DM
2008 jährlich	63.600,00 EUR	54.000,00 EUR	43.200,00 EUR	43.200,00 EUR
1996 monatlich	8.000,00 DM	6.800,00 DM	6.000,00 DM	5.100,00 DM
2008-06-23 monatlich	5.300,00 EUR	4.500,00 EUR	3.600,00 EUR	3.600,00 EUR

Tabelle 2: Beitragsbemessungsgrenzen monatlich und Jährlich

Die Beitragsbemessungsgrenzen in der Kranken- und Pflegeversicherung in Ost und West wurden im Jahr 2001 angeglichen, d.h., die Bemessungsgrenze Ost wurde auf das West-Niveau angehoben.²²

2.5 Ausnahme Wirtschaftswunder

In der Nachkriegszeit wurden die deutschen Städte auf den Schutthalten, die der Krieg hinterlassen hatte, wieder aufgebaut. Deutschland wurde durch die Kombination aus hoher Ingenieurskunst und niedrigen Löhnen zu einem unschlagbaren Globalisierungsgewinner der ersten Stunde. Die Wirtschaft wuchs in atemberaubenden Tempo: von 1950 bis 1960 um real 114%, von 1960 bis 1970 stieg das Sozialprodukt noch einmal um 54% an.²³

Alles musste neu angeschafft und aufgebaut werden. Das Auto wurde zu einem Wachstumsmotor. Durch die Remonetarisierung der Eigenarbeit, sowie die stark unterbewertete D-Mark entstand ein wahres Beschäftigungswunder.²⁴ Auf diese Zeit der Vollbeschäftigung und des Wirtschaftswunders ist unser heutiges Sozialsystem zugeschnitten. Mit den grundlegenden Veränderungen auf wirtschaftlichem, gesellschaftlichem und demographischem Gebiet verlieren die alten Systeme an Tragkraft.²⁵

Wer sich heute noch auf diese Zeit und die alten Wachstumsraten beruft, ist aber, so Werner, grenzenlos einfältig. Ein Land, das sich 1949 auf dem Entwicklungsstand eines Schwellenlandes befand, aber über viele qualifizierte Arbeitskräfte verfügte, konnte problemlos riesige Wachstumsraten erzielen. Der Versuch, das damalige Wirtschaftswunder zu wiederholen, erweist sich schnell als Illusion – es sei denn, man wolle vorher wieder „den gesamten Kontinent in Schutt und Asche legen“.²⁶

Trotz dieses hohen Wachstums lässt sich ein bemerkenswerter Beschäftigungsrückgang feststellen: Zwischen 1950 und 1975 stieg das Pro-Kopf-Volkseinkommen auf annähernd das Vierfache, bei gleichzeitigem Rückgang des Pro-Kopf Arbeitsvolumen um ein Viertel.²⁷

²² Vgl. WIN Lohninfo (2007) S. 1

²³ Vgl. Sinn (2004) S. 19f

²⁴ Vgl. Miegel (2007) S. 114

²⁵ http://www.bpb.de/publikationen/PXCUKG,0,Grundeinkommen_und_soziale_Marktwirtschaft.html

²⁶ Vgl. Werner (2007_1) S. 27

²⁷ Vgl. Miegel (2007) S. 121

2.6 Aktuelle Problemstellungen

Seit 1985 ist das Wachstum des BIP größer als das Wachstum der beitragspflichtigen Einnahmen. Bis zum Jahr 2005 ergibt sich eine Wachstumsdifferenz von 37 Prozentpunkten. Bereinigt man dies um den Anteil der geringfügig Beschäftigten, kommt man sogar auf 49 %. Diese strukturelle Entwicklung wird sich durch die Globalisierung weiter fortsetzen.

Verantwortlich für die schwache Finanzierungsbasis der Sozialversicherung sind folgende strukturelle Gegebenheiten:

- mäßiges Wachstum der Arbeitsentgelte, z.B. durch veränderte Arbeitsverhältnisse (Werkverträge) und Berufskarrieren (kaum noch "Job fürs Leben")
- Kürzung der Sozialversicherungspflicht, z.B. durch jährliche Sonderprämienzahlung, um die Beitragsbemessungsgrenze auszuhebeln, oder die Entgeltumwandlung im Rahmen der betrieblichen Altersvorsorge
- Flucht in die illegale Schattenwirtschaft und Intensivierung der legalen Eigenwirtschaft bzw. Hausproduktion
- Vorgezogene Verrentung und längere Lebens- und somit Rentenzeit

Aus diesen Gegebenheiten lassen sich folgende Kritikpunkte am aktuellen System ableiten:

1. Es ist konjunkturanfällig, da die Beitragsbemessungsgrenze direkt an die Zahl der Arbeitslosen bzw. Frührentner gebunden ist.
2. Es ist wachstumsschwach und daher nicht nachhaltig, weil Löhne und Renten geringer wachsen als das BIP.
3. Es ist beschäftigungsfeindlich, da es den Faktor Arbeit belastet.
4. Es existieren völlig intransparente Umverteilungswirkungen. Das Zusammenspiel von Steuersystem, GKV, GRV und SPV beim Familienlastenausgleich schließt ein konsistentes Gesamtergebnis nahezu aus. Ein integrierter Ansatz zur Familienförderung verspricht eine effizientere und effektivere Wirkung.
5. Es existieren Versicherungsungerechtigkeiten: Nur sozialversicherungspflichtige Erwerbseinkommen werden als Bemessungsgrundlage

herangezogen. Wer also noch andere Einkommensquellen hat (aus Kapital, Miete, Gewerbe) zahlt effektiv weniger.²⁸

Das Problem der Kassenlage und der "Abkopplung" der beitragspflichtigen Einnahmen und des BIP ergaben einen Trend steigender Beitragsätze. Dieser Trend birgt neben den bereits genannten weitere Nachteile:

1. Minderung der Leistungsanreize, da ein steigendes Bruttoeinkommen i.d.R. netto nicht mal die Hälfte mehr einbringt.
2. Der Strukturwandel hin zu einem beschäftigungsintensiven Dienstleistungssektor wird durch die hohen Abgaben behindert. Personalintensive Unternehmen haben zu hohe Lohnnebenkosten.
3. Ein Anreiz zur verstärkten Ausnutzung der Leistungen auf Arbeitnehmer- (Arbeitslosengeld 1) wie auf Arbeitgeberseite (Abwälzung von Lohnleistungen auf die Sozialversicherung).
4. Beeinträchtigung des internationalen Wettbewerbs.²⁹

²⁸ Vgl. Glaeske/Trittin (2007) S. 161 ff

²⁹ Vgl. Igel (2007) S. 19 f

3 Verschiedene Grundeinkommensmodelle im Vergleich

3.1 Grundeinkommen – Was ist das?

Die im vorangegangenen Kapitel umrissenen Themen rund um die Arbeit sollten dazu bewegen, über eine Alternative nachzudenken. Eine der radikalsten Alternativen ist das bedingungslose Grundeinkommen: Ein Einkommen, das jeder Person (oder jedem Mitglied einer Gesellschaft) gewährt wird, und zwar unabhängig von Erwerbsbereitschaft oder Bedürftigkeit.³⁰

Eine andere Definition bezeichnet das Grundeinkommen als „Einkommen, das von einem politischen Gemeinwesen an alle seine Mitglieder ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Gegenleistung individuell ausbezahlt wird.“³¹ Hinter den meisten Ideen des bedingungslosen Grundeinkommens stehen die folgenden Attribute:

- Existenzsicherung
- individueller Rechtsanspruch auf Zahlung
- Auszahlung ohne Bedürftigkeitsprüfung
- Kein Zwang zur Arbeit

Finanziert werden soll es über eine deutliche Verschlankung des Sozialstaats (Bürokratieabbau) sowie eine Vereinfachung des Steuersystems.³² Das Grundeinkommen weicht in seiner Intention dementsprechend von dem heutigen System des „Förderns und Forderns“ ab und ist somit auch als eine radikalere Reform als die Kombilohnmodelle anzusehen.³³

Darin liegt wohl auch der große Widerstand in der Politik begründet: Man gibt jahrhundertealte Arbeits-, Verteilungs-, Status- und Glaubenssysteme eben nicht so leicht auf. Aber trotzdem gibt es in den meisten etablierten Parteien einige Befürworter einer solchen Reform.³⁴ Im folgenden sollen verschiedene ausgewählte Grundeinkommensmodelle und deren Besonderheiten vorgestellt und beschrieben werden.

³⁰ Vgl. Füllsack (2002) S. 99

³¹ Vgl. Vanderborght, Parijs (2005) S. 14

³² Vgl. Mersch (2007) S. 1

³³ Vgl. Straubhaar S. 14

³⁴ Vgl. Hosang S. 12f

3.2 Grundeinkommen nach Götz W. Werner

Der wohl populärste Verfechter eines bedingungslosen Grundeinkommens in Deutschland ist Prof. Götz W. Werner. Er ist Gründer und Inhaber der Drogeriemarktkette dm, die mittlerweile europaweit 1500 Filialen zählt und mit 21.000 Mitarbeitern ca. 3,1 Milliarden € Umsatz pro Jahr erwirtschaftet. Heute ist Werner Professor an der Universität Karlsruhe (TH) im „Interfakultativen Institut für Entrepreneurship“.³⁵

Für Werner zählt, wie er selbst sagt, vor allem die Tatsache, dass es eine Gesellschaft mit solch hoher Produktivität nicht nötig hat, auch nur einen Menschen durch das soziale Netz fallen zu lassen. Das System der hohen Steuern und Sozialabgaben auf Arbeit macht diese unnötig teuer. Ein Grundeinkommen, das alle bisher bestehenden Transfergelder zu einem einzigen zusammenfasst, könne es jedem Menschen ermöglichen, sich aus eigenem Antrieb frei zu entfalten. Jeder soll den Sinn seiner Arbeit wieder entdecken. Das Steuersystem müsse schrittweise von der Einkommensbesteuerung weg zur Verbrauchsbesteuerung geführt werden, die wettbewerbsneutral sei. Darüber hinaus könne der Verwaltungsapparat in Deutschland schlanker werden.³⁶

In Werners Grundeinkommensmodell soll es nach einer längeren Einführungszeit ausschließlich die Mehrwertsteuer geben; alle anderen Steuern entfallen. Das heißt, das Arbeitseinkommen wird 1:1 ausbezahlt.³⁷ Laut Werner ist ein Grundeinkommen eine radikale Reform, die nicht ohne eine radikale Steuerreform zu bewerkstelligen ist. Anders sei der Umbau einer Arbeitnehmersgesellschaft mit hohem Arbeitslosenanteil zu einer Gemeinschaft von Freiberuflern nicht machbar.

In Werners Sicht bringt das heutige Steuersystem das Problem mit sich, dass zwar jeder abgesichert sein, aber niemand dafür aufkommen will. Gutverdiener bemühen sich, ihre Abgabenlast durch verschiedene Steuertricks zu minimieren, und beschimpfen gleichzeitig Empfänger von Sozialleistungen als „arbeitscheue Faulpelze“. Dieses Problem der Steuer sei auch ein Problem des erstarrten Denkens.³⁸

Ähnlich äußert sich auch Hans-Werner von Sinn, für den die hohe Staatsquote zu viele Reibungsverluste mit sich bringt. Dem Argument, das Geld verschwinde nicht, sondern würde nur von einer Tasche in die andere übertragen, begegnet er mit dem Hinweis auf eben diese Rei-

³⁵ Vgl. Werner (2007_2) S. 4

³⁶ Vgl. Werner (2007_2) S. 7f

³⁷ Vgl. Diltthey (2007) S. 14

³⁸ Vgl. Werner (2007_1) S. 149f

bungsverluste, das heißt, auf der einen Seite helfen viele Steuerberater den Zahlern, Ihre Last zu minimieren, während auf der anderen Seite einige Beamte und Angestellte den Empfängern helfen, möglichst viel aus den staatlichen Töpfen zu ergattern.³⁹

Aus dieser Sicht ist eine radikale Reform des Arbeitsmarkts wie des Steuersystems nötig. Werner begründet seine Forderung nach einer reinen Umsatzbesteuerung damit, dass irgendwann jeder Geldbetrag, und sei er noch so hoch, zur Ausgabe, zum Konsum käme.⁴⁰ Mit einem bedingungslosen Grundeinkommen könnten wir endlich wieder von der Hand in den Mund leben. Gelder liegen nicht mehr untätig herum, sondern würden zum Konsum und zur Investition verwendet. Aus unsinnigem, ängstlichem Sparen könnte gezielt Konsum, Investition und Bildung werden.⁴¹

Werner sieht die Aufgabe der Wirtschaft nicht darin, „Arbeitsplätze zu schaffen“, sondern für Produkte und Dienstleistungen zu sorgen, und dies möglichst effizient.⁴² Bei der heutigen absoluten Fremdversorgung sei jeder einzelne darauf angewiesen, dass andere etwas für ihn leisten.⁴³

Um diese Leistung zu optimieren, spricht sich Werner für eine möglichst schrankenfreie Wirtschaft aus. Er vergleicht den gesamten Prozess gesellschaftlicher Wertschöpfung mit dem Säen: Das produktiv investierte Kapital ist das Saatgut. Bevor man ernten kann, muss gepflanzt werden. Ein Teil der Ernte muss dann genutzt werden, um neue Ernten zu erzielen, d.h., ein Teil des Ertrages dient nur der „Reinvestition“.

Niemand fällt einen Baum vor der Ernte oder pflückt Äpfel bevor sie reif sind! Aber laut Werner fordert unser Steuersystem genau das. Ertrags- und Unternehmenssteuern sind aus seiner Sicht nichts anderes als Knospenfrevel. Das mindere die Bereitschaft, ein Unternehmen zu gründen. Der Gesetzgeber habe diese zwar erkannt und einige Steuerschlupflöcher geschaffen, allerdings nur mit der Folge, dass zum Umgehen der Steuern unwirtschaftliche Entscheidungen getroffen werden. Wirtschaftlich sinnvolle Entscheidungen (z.B. guter Standort, viele gut ausgebildete Arbeiter vor Ort) würden durch die besonders hohe Steuerlast, die das Unternehmen zu tragen hätte, oft unmöglich gemacht.⁴⁴

³⁹ Vgl. Sinn (2004) S. 291f

⁴⁰ Vgl. Werner (2007_1) S. 152f

⁴¹ Vgl. Werner (2007_1) S. 160f

⁴² Vgl. Werner (2007_2) S. 37

⁴³ Vgl. Werner (2007_1) S. 177

⁴⁴ Vgl. Werner (2007_1) S. 184f

Werner ist der festen Überzeugung, dass kein Unternehmen wirklich die Steuern zahle, sondern lediglich trage. Sämtliche Steuern steckten in den Preisen, wodurch es keine all zu große Reform wäre, auf Konsumsteuern umzusteigen.⁴⁵

Ein genau durchgerechnetes Konzept für ein Grundeinkommen hat Werner nicht. Er plädiert auf seiner Webseite aber für einen Start bei 650 €, eine jährliche Erhöhung der Umsatzsteuer bei gleichzeitiger Absenkung der Einkommensteuern, wodurch am Ende ein Grundeinkommen von ca. 1500 € erreicht werden könnte.⁴⁶ Ihm sei vollkommen klar, dass man nicht von heute auf morgen die Umsatzsteuer auf 30 % erhöhen und dafür eine andere Steuer sofort abschaffen könne, aber ein jährlicher Umsatzsteueranstieg von 2-3 % dürfe im Bereich des Machbaren liegen.⁴⁷

Nüchterne Kritiker bescheinigen diesem Vorschlag, er sei nicht zu finanzieren, Werner sieht jedoch in den 1500 € eine Richtung: „Wenn man etwas machen will, dann muss man es erst einmal denken können. Wenn man es dann wirklich will, findet man auch Wege. Und wenn man es nicht will, findet man Gründe.“⁴⁸

3.3 Solidarisches Bürgergeld nach Dieter Althaus

Im Gegensatz zu Götz W. Werner hat der CDU-Politiker Dieter Althaus ein in Zahlen sehr konkretes Konzept. Er nennt es aber nicht bedingungsloses Grundeinkommen, sondern „solidarisches Bürgergeld“. In seinen Grundzügen entspricht es jedoch fast Vollständig den Definitionen eines bedingungslosen Grundeinkommens (s.o.).

Althaus stören am aktuellen Sozial- und Arbeitssystem die fehlenden Anreize zur Arbeitsaufnahme im Niedriglohnbereich.⁴⁹ Kinderarmut, Altersarmut und Erwerbseinkommen, die die Existenz nicht mehr sichern, würden das Misstrauen in die Sozialsysteme stärken.⁵⁰ Genau wie Werner sieht auch Althaus das große Problem in den Lohnnebenkosten, weniger bei den Steuern, sondern besonders bei Sozialabgaben von 40%.

Auch bei der gesetzlichen Rente möchte der thüringische Ministerpräsident keine falsche Sicherheit vorgaukeln und prognostiziert – ohne grund-

⁴⁵ Vgl. Werner (2007_1) S. 189

⁴⁶ www.unternimm-die-zukunft.de

⁴⁷ Vgl. Werner (2007_1) S. 209

⁴⁸ Vgl. Werner (2007_1) S. 98

⁴⁹ Vgl. Althaus (2008) S. 9

⁵⁰ Vgl. Althaus (2007) S. 49

sätzliche Systemänderung - höhere Rentenbeiträge bei sinkender Leistung. Neben der Rentenkasse sieht er auch große Probleme im Gesundheitssektor: steigende Beiträge bei sinkendem Leistungsniveau und das Abgleiten in eine Zwei-Klassen-Medizin.⁵¹

Zur konkreten Vorstellung des solidarischen Bürgergeldes:

- Jeder Bürger erhält ein steuerfreies Bürgergeld von monatlich 800 € brutto (600 € netto zuzüglich 200 € Gesundheitsprämie) bis zu einem Einkommen von 1600 €. Bei höheren Einkommen gibt es das „kleine Bürgergeld“ in Höhe von 400 € (200 € netto zuzüglich 200 € Gesundheitsprämie).⁵²
- Eine Flat-Tax von 25 % wird auf alle Einkünfte erhoben, sofern sie mehr als 1600 € im Monat betragen.⁵³ Die „Transferentzugsrate“ oder Steuer unterhalb dieser Grenze beträgt 50 %, so dass jeder selbst verdiente € das Bürgergeld um 50 Cent kürzt.⁵⁴
- Kinder erhalten das Kinderbürgergeld in Höhe von 500 € (300 € netto zuzüglich 200 € Gesundheitsprämie).⁵⁵
- Für Einzelfälle gibt es einen zweckgebundenen Bürgergeldzuschlag (z.B. Transportkostenersatz für Behinderte)⁵⁶
- Rente: Das Bürgergeld wird über das 67. Lebensjahr hinaus bezahlt, ab dem 67. Lebensjahr gibt es eine Zusatzrente von maximal 600 €, um den Bestandsschutz der aktuellen Renten zu wahren.⁵⁷
- Sämtliche Sozialabgaben für den Arbeitnehmer (GRV, ALV, SPV und GRV) entfallen, zu zahlen ist die Pauschale von 200 €. Auch die Arbeitgeber werden entlastet und haben nur noch 10 % Lohnsummensteuer zu zahlen.⁵⁸
- Alle bisherigen Sozialleistungen (die steuer- wie die beitragsfinanzierten) werden ersetzt.
- Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik können entfallen, individuelle Stärkung einzelner Erwerbspersonen bleibt weiterhin möglich.
- Für die bedingungslose Auszahlung sollen die Finanzämter zuständig sein.⁵⁹

⁵¹ Vgl. Althaus (2008) S. 9

⁵² Vgl. Hohenleiter/Straubhaar (2008) S. 84

⁵³ Vgl. Althaus (2007) S. 50

⁵⁴ Vgl. Hohenleiter/Straubhaar (2008) S.85

⁵⁵ Vgl. Althaus (2007) S. 50

⁵⁶ Vgl. Hohenleiter/Straubhaar (2008) S.85

⁵⁷ Vgl. Althaus (2007) S. 50

⁵⁸ Vgl. Althaus (2008) S. 18

⁵⁹ Vgl. Hohenleiter/Straubhaar (2008) S.86

Die folgenden Diagramme zeigen die finanziellen Auswirkungen eines solidarischen Bürgergeldes auf:

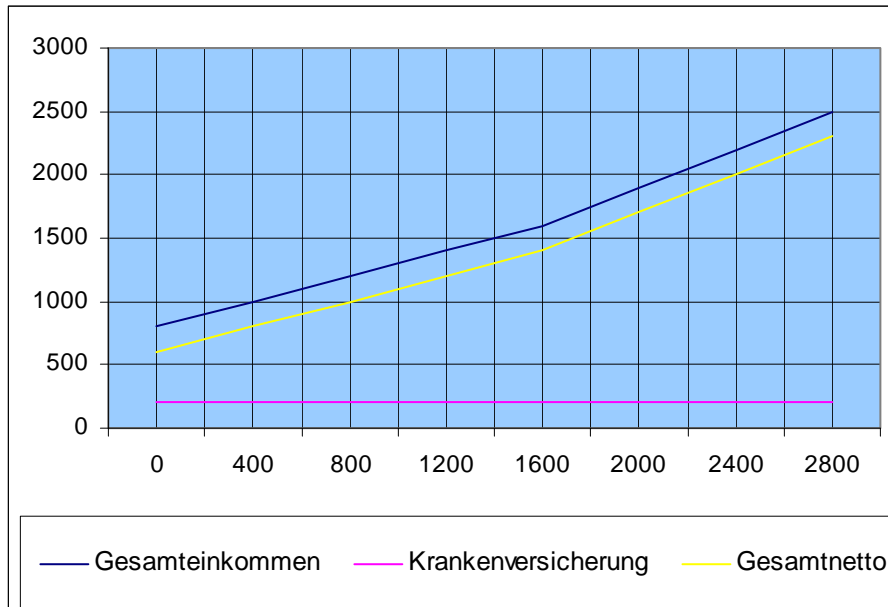


Abbildung2: Einkommen eines Ledigen, Persönliches Einkommen X führt zu Gesamteinkommen von Y, (eigene Berechnungen)

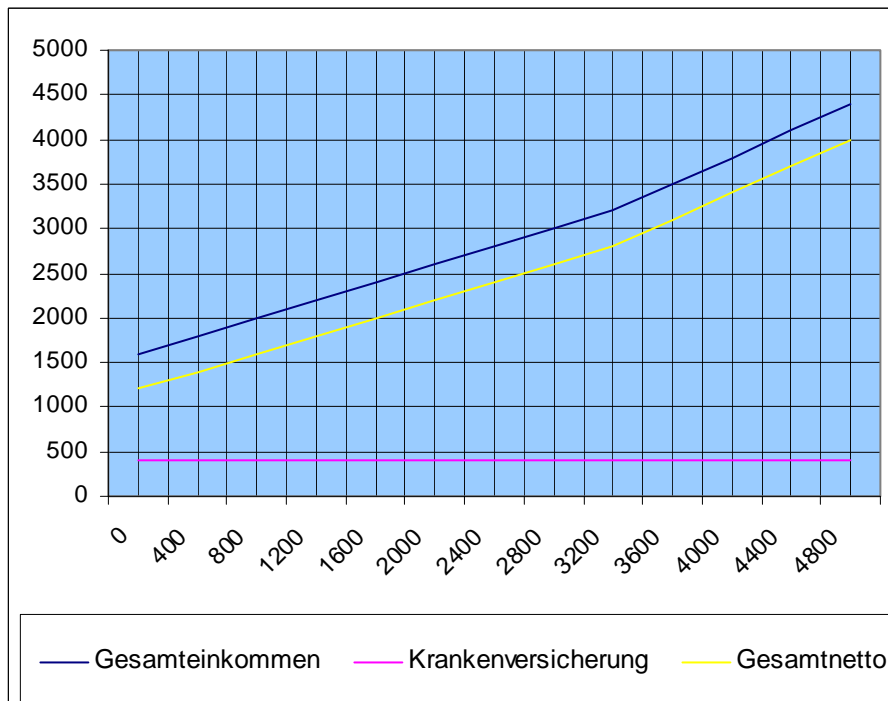


Abbildung3: Einkommen eines Paares ohne Kinder, Persönliches Einkommen X führt zu Gesamteinkommen von Y, (eigene Berechnungen)

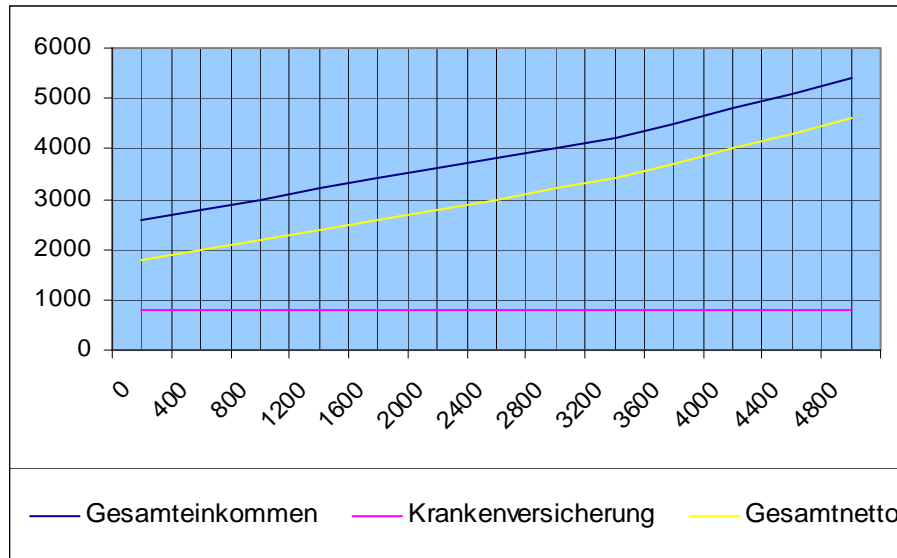


Abbildung 4: Einkommen einer Familie mit 2 Kindern, Persönliches Einkommen X führt zu Gesamteinkommen von Y, (eigene Berechnungen)

Wenn man diese Zahlen mit dem gegenwärtigen Stand vergleicht sieht man deutlich, dass insbesondere Familien und Niedrigverdiener von einem solidarischen Bürgergeld profitieren würden. Arbeit würde brutto billiger, jeder Lohn wäre existenzsichernd und insbesondere im Niedriglohnbereich könnten über eine Million zusätzliche Vollzeitstellen entstehen.⁶⁰ Da aber durch ein Bürgergeld besonders Teilzeitstellen gefragt sein dürften entstünden laut HWWI (Hamburgisches Weltwirtschafts Institut) sogar noch deutlich mehr Stellen.⁶¹

Darüber hinaus sieht Althaus ähnlich wie Werner eine größere Würdigung aller Arbeiten, nicht nur der Erwerbsarbeit.⁶² Geschätzt wird, dass derzeit in Deutschland ca. 60 Mrd. Stunden Erwerbsarbeit, aber 100 Mrd. Stunden Familien- und ehrenamtlicher Arbeit geleistet wird. Dies könne mit einem Bürgergeld endlich auch honoriert werden. Niemand fiel mehr durch das soziale Netz und die zunehmenden Lohndifferenzen würden nicht mehr zu Armut führen, im Gegenteil: es käme zu einer dramatischen Reduzierung der Armutsquote.⁶³

⁶⁰ Vgl. Althaus (2007) S. 51

⁶¹ Vgl. Hohenleiter/Straubhaar (2008) S. 115

⁶² Vgl. Althaus (2008) S. 19

⁶³ Vgl. Althaus (2007) S. 52

Der heute gängige Begriff der „Unfreiwilligen Arbeitslosigkeit“ würde laut HWWI der Vergangenheit angehören, wenn auf Markteingriffe in Form von Lohnvorschriften gänzlich verzichtet würde. Alle, auch gering qualifizierte, würden eine Arbeitsstelle finden, sofern sie das wünschen.⁶⁴

Laut Althaus sind Kinder dann kein Armutsrisiko mehr, da das Kinderbürgergeld doppelt so hoch ist wie das jetzige Kindergeld.⁶⁵ Zudem weisen verschiedene Studien darauf hin, dass bei angenommenen positiven Beschäftigungseffekten das solidarische Bürgergeld nicht nur finanzierbar sei, sondern zudem die öffentlichen Haushalte um bis zu 100 Mrd. € entlaste.⁶⁶

Außerdem sieht Althaus ähnlich wie Werner einen besonderen Vorteil darin, dass bei einem Grundeinkommen, das nicht zur Disposition steht, niemand mehr in Angst leben muss oder vom „sozialen Abstieg“ bedroht wäre. Auch die von Werner geforderte unternehmerische Risikobereitschaft des einzelnen sieht Althaus in seinem Konzept gefördert.⁶⁷

3.4 Das Dilthey-Modell

Matthias Dilthey hat sich seit über 15 Jahren mit den Wechselwirkungen zwischen der Form des Sozialstaats und der Befindlichkeit der Menschen beschäftigt und engagiert sich in mehreren Organisationen und Parteien für das Grundeinkommen.⁶⁸ Sein Modell lehnt sich in großen Zügen an das Grundeinkommensmodell von Werner an.

Dilthey hält neben den oben beschriebenen Eigenschaften noch die folgenden Merkmale eines bedingungslosen Grundeinkommens für wichtig: Es muss

- „emanzipatorisch“ ausgestaltet sein, also Arbeit und Einkommen entkoppeln.
- verhindern, dass der Anreiz für eine Aufnahme von Erwerbsarbeit entzogen wird.
- Die Menschen gleichermaßen am Wohlstandswachstum teilhaben lassen.
- den Import niedriger Lohn- und Sozialstandards verhindern.
- Anreize zur Ressourcenschonung (Umweltschutz) schaffen.

⁶⁴ Vgl. Hohenleiter/Straubhaar (2008) S. 115

⁶⁵ Vgl. Althaus (2007) S. 52

⁶⁶ Vgl. Hohenleiter/Straubhaar (2008) S. 101f

⁶⁷ Vgl. Althaus (2007) S. 53f

⁶⁸ <http://www.grundeinkommen2008.org/2008/09/25/matthias-dilthey/>

- etwaiger Kapitalkonzentration wirksam entgegenzutreten.
- ein einfaches Steuersystem haben, das gleichzeitig Steuerschlupflöcher unterbindet.
- wie in den Modellen von Werner und Althaus unternehmerische Tätigkeit erleichtern.⁶⁹

Genau wie Werner will auch Dilthey weg von der Einkommensteuer und lehnt eine Kürzung des Grundeinkommens bei eigenem Hinzuverdienst ab. Aber anders als Werner möchte er diese Steuerfreiheit nicht unbegrenzt, sondern nur bis zur 4-fachen Höhe des Grundeinkommens.⁷⁰ Außerdem befürwortet er neben der Umsatzsteuer folgende Steuern:

- Sozial-Umsatzsteuer
- Sozial-Gewinnsteuer
- Sozial-Kapitalumsatzsteuer
- Sonstige Steuern, die umweltpolitisch sinnvoll sind.⁷¹

Besonders interessant beim Dilthey-Modell ist die Art, wie die Höhe des Bürgergelds festgelegt wird: Sie orientiert sich dynamisch am Pro-Kopf-Einkommen eines Staates und wird nicht wie beim solidarischen Bürgergeld festgelegt.⁷² Dilthey geht dabei von etwa 60% aus, was, bezogen auf das Jahr 2007, ca. 970€ bedeuten würde⁷³ (Kinder und Jugendliche erhalten gestaffelt durchschnittlich 500€⁷⁴). Die Kranken- und Pflegeversicherung wird zusätzlich vom Staat über Steuern (insbesondere Mehrwert- und z.B. Tabaksteuer) finanziert.⁷⁵

Die „Dynamische Höhe“ ist ein sehr wichtiger Faktor:

- Bei zu hohem BGE entstünde der Anreiz zum Nichtstun
- Bei zu niedrigem BGE entstehe ein Zwang zur Arbeit
- Im Idealfall entspricht das BGE dem Auskommen – aus dem Zwang zur Arbeit wird Selbstverwirklichung.⁷⁶

Das Dilthey-BGE richtet sich dadurch ganz nach der Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft. Kann die Höhe des BGE zum Nichtstun verleiten, wird sie automatisch angepasst und deutlich niedriger, so dass ein Zwang zur Arbeit entsteht. Umgekehrt würde bei einer durch zu hohen Konsum getragenen Erhöhung des Bürgergeldes möglicherweise die Arbeitsbereit-

⁶⁹ Vgl. Dilthey (2007) S. 4

⁷⁰ Vgl. Drescher (2007_1) S. 3

⁷¹ Vgl. Dilthey (2007) S.4 S. 1

⁷² Vgl. Drescher (2007_2) S. 8

⁷³ Vgl. Dilthey (2007) S. 10

⁷⁴ Vgl. Blaschke (2008) S. 30

⁷⁵ Vgl. Dilthey (2007) S. 15

⁷⁶ Vgl. Drescher (2007_2) S. 8

schaft sinken, so dass das Bürgergeld wieder geringer wird.⁷⁷ Aus diesen Überlegungen ließe sich schließen, dass eine Volkswirtschaft mit einer besonders hohen Zahl unternehmerischer Köpfe ein besonders hohes BGE erwirtschaften könnte.

Zu den Steuern ist folgendes zu sagen: Die Mehrwertsteuer als „Allphasen-netto“ entspricht unserer heutigen Umsatzsteuer. Die von Dilthey vorgeschlagene Sozial-Umsatzsteuer hingegen gleicht der Mehrwertsteuer, wie sie in Deutschland vor 1968 gültig war.⁷⁸ Dilthey sieht in dieser Umsatzsteuer folgende Auswirkungen/Vorteile:

- Energie- und Ressourcenverschwendung wird steuerlich belastet, anders als bei der heutigen Umsatzsteuer.
- Die Fertigungstiefe der Unternehmen wird beeinflusst; Outsourcing wird unattraktiver. Damit soll Lohndumping eingedämmt werden.
- Bei einem „Schwarzverkauf“ fällt nach heutigem Recht die gesamte Umsatzsteuer aus, bei der Sozialumsatzsteuer nur die Steuer der letzten Handelsstufe.
- Die Kombination beider Steuern kann Steuerhinterziehung minimieren. Vorschlag: Die Vorsteuer nur mit einer Ausgangsrechnung verrechenbar machen! Kein Verkauf, kein Vorsteuerabzug!⁷⁹

Einkommensteuer fällt im Dilthey-Modell an, sobald das Vierfache des BGE erreicht ist, d.h., wenn man das Fünffache des Grundeinkommens verdient. Auf darüber hinaus gehende Einkommen soll eine 50%-ige Flat-tax erhoben werden. Unternehmen zahlen keine Steuern auf Gewinne, die im Unternehmen verbleiben. Bei Entnahmen (Sozial-Gewinnsteuer) sowie bei Anlage der Gewinne (Kapitalumsatzsteuer) müssen Steuern gezahlt werden.⁸⁰

Die Kapitalumsatzsteuer, die der „Tobin-Steuer“⁸¹ ähnelt, soll den bisher umsatzsteuerfreien Handel mit Finanzprodukten besteuern.⁸² Tobin will mit einer Steuer von unter einem Prozent insbesondere die Wechselkurschwankungen eindämmen und wilden, kurzfristigen Spekulationen entgegenzutreten. Kapitalanlagen sollen auf längerfristiger Basis laufen.⁸³

Dilthey selbst bezeichnet sein Modell als „urgrüne Idee“, da es sowohl Anreize zur Arbeit als auch Anreize zur Ressourcenschonung schaffe.⁸⁴

⁷⁷ Vgl. Dilthey (2007) S. 10

⁷⁸ http://www.bommi2000.de/wirtkunde/wk07_222.pdf S. 1

⁷⁹ Vgl. Dilthey (2007) S. 6

⁸⁰ E-mail-verkehr mit Matthias Dilthey

⁸¹ Vgl. Dilthey (2007) S. 4

⁸² Vgl. Blaschke (2008) S. 31

⁸³ <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Globalisierung/tobin.html>

⁸⁴ Vgl. Dilthey (2007) S. 10

Einen Überblick über die persönlichen Auswirkungen des Dilthey-Modells

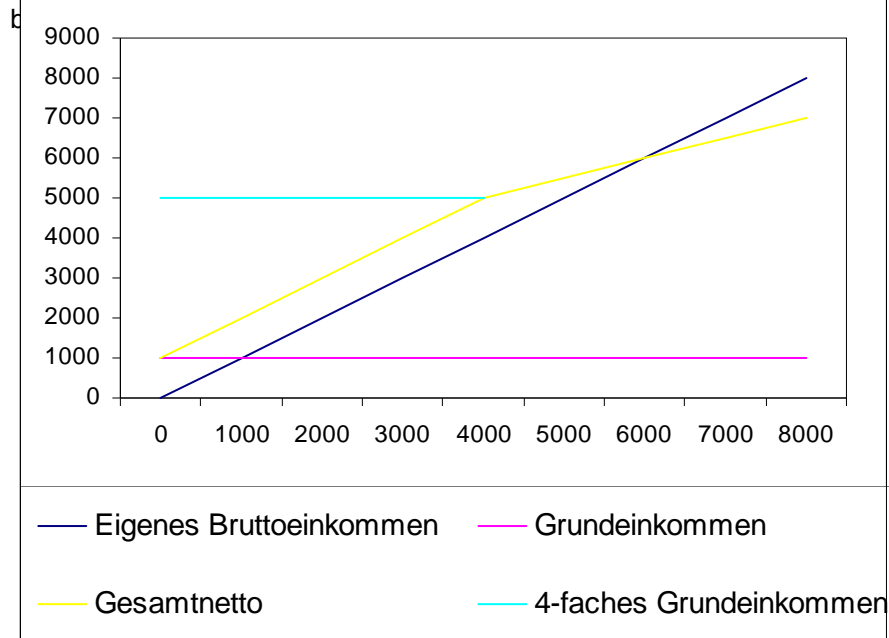


Abbildung 5: Auswirkungen des Dilthey-Modells, Eigenes Einkommen X ergibt Gesamteinkommen Y, (eigene Berechnungen)

3.5 Ein reales Beispiel: Der Alaska Permanent Fund

Ein reales Beispiel für ein Grundeinkommen bietet Alaska, wo eine staatliche Industrie Gewinne an die Bevölkerung ausschüttet.⁸⁵ Ein Teil der Gewinne aus der staatlichen Ölförderung wird „bedingungslos“ direkt an die Bevölkerung ausbezahlt. Einzige Bedingung: die Personen müssen dauerhaft in Alaska leben. Diese Summe belief sich 1999 auf 1.800 \$ pro Person und Jahr.⁸⁶ 2008 lag die Dividende wegen der drastischen Erhöhung der Ölpreise sogar bei 3.269 \$.⁸⁷

Ökonomen haben die Auswirkungen des Alaska Permanent Funds mehrmals untersucht und sehen anscheinend einhellig positive Effekte für das Land. Er erhöht die Einkommen der Bürger um wenige Prozent und stärkt dadurch die Kaufkraft. Es wird vermutet, dass 3 % der Arbeitsplät-

⁸⁵ Vgl. Drescher (2008) S. 10

⁸⁶ Vgl. Füllsack (2002) S. 116f

⁸⁷ <https://www.pfd.state.ak.us/forms/2008Forms/2008DividendCalculation.pdf>

ze in Alaska alleine durch den Fund ermöglicht wurden. Da sich die Dividenden auf Basis der Gewinne der letzten 5 Jahre errechnen, könne sich sogar ein anti-rezessionistischer Effekt ergeben, da in Jahren der Rezession die Zahlungen besonders hoch sind und die Wirtschaft stabilisieren.⁸⁸

3.6 Aktuell: Brasilien

In Brasilien wurde am 8. Januar 2004 ein Grundeinkommensgesetz unterzeichnet, das allen Bürgern ein bedingungsloses Einkommen gewährt, das Armut und Hunger verhindert. Einzige Voraussetzung: man muss mindestens 5 Jahre in Brasilien leben. Es wird unterschiedslos an alle Menschen ausbezahlt und soll Hunger, Gewalt und Kinderarbeit eindämmen.

Eingeführt wird das Grundeinkommen allerdings nur schrittweise, angefangen bei den wirklich Bedürftigen.⁸⁹ Auf diesen Punkt richtet sich auch die Kritik an dem Programm, denn das Gesetz sieht keine genauen Fristen vor, sondern lässt dem Staat „je nach Kassenlage“ Freiräume für die Einführung.⁹⁰

⁸⁸ Vgl. Füllsack (2002) S. 117

⁸⁹ Vgl. Jacks (2005) S. 18

⁹⁰ Vgl. Zimmermann (2005) S. 3

4 Das BGE in der Diskussion

In der Diskussion um das Für- und Wider eines bedingungslosen Grundeinkommens gibt es nicht nur zahlreiche Argumente, sie kommen auch aus sehr verschiedenen Bereichen. Unterschiedlichste Menschen führen unterschiedlichste Argumente zu diesem Thema auf. Dieses Kapitel soll eine Übersicht über die Diskussion und die Argumente geben.

4.1 Die Frage der Finanzierbarkeit

Ein bedingungslos gewährtes Einkommen für jeden Bürger in Höhe von 600 bis 1500 € erscheint auf den ersten Blick als ungeheure Belastung, die nicht zu finanzieren ist. Thomas Straubhaar vom HWWI allerdings hält ein Grundeinkommen grundsätzlich durchaus für finanzierbar. Er bezieht sich dabei hauptsächlich auf das Transfergrenzenmodell von Dieter Althaus (solidarisches Bürgergeld) und sieht eher die Frage, ob es zu einer **Nettobelastung**, oder einer **Nettoentlastung** führe.⁹¹

Peter Mersch dagegen bescheinigt dem Grundeinkommensmodell von Werner Unfinanzierbarkeit. Selbst bei einem angenommenen Umsatzsteueranteil von 100 % würde es nicht für die angenommenen 1500 € pro Bürger reichen. Man könne auch nicht einfach zur Prognose die heutigen Umsatzsteuereinnahmen von ca. 160 Milliarden € entsprechend vervielfachen, da ja durch Wegfall der anderen Steuern mit niedrigeren Ausgangspreisen zu rechnen sei. Selbst bei angenommenen 800 Milliarden wäre so höchstens ein Grundeinkommen von 800 € finanzierbar.⁹²

Noch weiter geht Dirk Niebel von der FDP, der jedem Grundeinkommensmodell, gleich welcher Höhe, die Unfinanzierbarkeit bescheinigt.⁹³ Angesichts dieser Auffassungen und der teilweise sehr ablehnenden Haltungen soll im Weiteren vor allem danach gefragt werden, **welches Modell wie und in welchem Umfang** finanzierbar ist.

⁹¹ http://www.bpb.de/publikationen/PXCUKG,3,0,Grundeinkommen_und_soziale_Marktwirtschaft.html#art3

⁹² Vgl. Mersch (2007) S. 95

⁹³ http://www.abgeordnetenwatch.de/index.php?cmd=223&id=0&filter=aw_rel&q=grundeinkommen&num=1#resultate

4.1.1 Finanzierung über Einkommensteuer

Die naheliegende Steuer zur Finanzierung ist die Einkommensteuer. Althaus schlägt durch in seinem Konzept des solidarischen Bürgergeldes im Wesentlichen eine Finanzierung durch Einkommensteuer und Transferenzug vor.⁹⁴ Da die Einkommensteuer alleine nicht mehr unbedingt die Hauptrolle bei den Steuereinnahmen spielt, kann man entsprechend ausrechnen, welches Grundeinkommen sich mit einer Einkommensteuer finanzieren lassen würde.

Das Ergebnis dieser Berechnungen fällt ernüchternd aus: Bei den heute üblichen Einkommensteuersätzen von 35-40% wäre ein Grundeinkommen von lediglich ca. 30 % des Durchschnittseinkommen möglich. Dies könnte in etwa der von Althaus geforderten Höhe von 600 € netto entsprechen. Sollte ein existenzsicherndes, bedingungsloses Grundeinkommen alleine über Einkommensteuern finanziert werden, so würde dies Steuersätze von 70-80% zur Folge haben.⁹⁵

Das heißt, die Einkommensteuer allein reicht für eine Finanzierung des Grundeinkommens nur schwer aus. Zudem schafft eine zu hohe Steuerlast Anreize, sie zu verringern oder Ihr auszuweichen. Zu hohe Abgaben erhöhen zudem die Lohnkosten. Für Hans Werner von Sinn ist besonders problematisch, dass schon heute durch die hohe Steuerlast ungeheure „Anstrengungen“ unternommen werden, um die persönliche Einkommensteuerlast zu minimieren. Es wird viel Energie aufgebracht für die Steuererklärung, es werden Bücher gekauft, es werden eine Heerschar von Steuerberatern und Juristen zur Hilfe gerufen. Dadurch würden die besten Köpfe des Landes für „unproduktive“ Tätigkeiten gebunden, die effektiv wie „Sand im Getriebe“ der Wirtschaft wirken.⁹⁶

Für Matthias Dilthey ist die Besteuerung des Lohnes aus „eigener Hände Arbeit“ ein Einschnitt in ein Grundrecht. Zudem erhöhe eine Besteuerung der Erwerbsarbeit den Zwang zu mehr Wachstum. Die Besteuerung (oder Sozialabgabepflicht) der Erwerbsarbeit öffne bereits heute die Einkommensschere und unterliefe das „Lohnabstandsgebot“.⁹⁷

Auch Werner stört die Einkommensbesteuerung, die er für eine schlichte Fehlsteuerung hält: „Je mehr du durch deine Leistung zur Wertschöpfung beiträgst, desto mehr Steuern musst du zahlen, und zwar progres-

⁹⁴ Vgl. Althaus (2007) S. 49ff

⁹⁵ Vgl. Füllsack (2002) S. 166

⁹⁶ Vgl. Sinn (2004) S. 291f

⁹⁷ Vgl. Dilthey (2007) S. 8

siv“. Tatsächlich dürfe dieser Beitrag überhaupt nicht besteuert werden.⁹⁸ Für ihn besteht das eigentliche Problem bei der Einkommensbesteuerung darin, dass sie mitten in der Wertschöpfung greift, nicht an deren Ende. Mit anderen Worten: Sie betreibe „Knospenfrevel“.⁹⁹

Grundeinkommenskonzepte, die sich ganz oder teilweise aus der Einkommensteuer finanzieren wollen, tun das in einer Welt, in der durch die Globalisierung ein immer höherer Druck auf dem Steuersatz liegt, der tendenziell eher sinken als steigen muss.¹⁰⁰

4.1.2 Finanzierung über Konsumsteuer

Werner schlägt stattdessen die Finanzierung über eine Konsumsteuer vor. Wer viel konsumiere, zahle mehr Steuern, wer wenig konsumiere wenige. Ein genügsamer Mensch verlange der Umwelt und der Gesellschaft auch viel weniger ab, benutze Straßen, Flughäfen, Energie sparsamer.¹⁰¹

Inwieweit die Umsatzsteuer der Finanzierung eines Grundeinkommens dienlich ist hängt von der Höhe und Ausgestaltung ab. Interessanterweise fallen die Schätzungen über die Höhe der Umsatzsteuer höchst unterschiedlich aus. Gerhard Wilke ging vor etwa 10 Jahren davon aus, eine Umsatzsteuererhöhung von einem Prozent könne Mehreinnahmen von ca. 1,2 Milliarden € generieren.¹⁰² Das Parlament ging vor der Erhöhung der Umsatzsteuer von 16 auf 19 % von Mehreinnahmen von ca. 11,5 Millionen € aus, also knapp 4 Millionen pro Prozentpunkt.¹⁰³

In einem Rechenbeispiel auf der Website [Unternimm-die-Zukunft.de](http://www.unterschied-zukunft.de) werden bei einer Erhöhung der Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt zusätzliche Einnahmen von 8 Milliarden € pro Jahr prognostiziert. Diese Zahl ist realistisch, wenn der normale und der verminderte Umsatzsteuersatz jeweils um einen Prozentpunkt angehoben werden. So könnten bei einer Erhöhung der Umsatzsteuer um 4 % ein Grundeinkommen von 32 € pro Bürger und Monat ausbezahlt werden.¹⁰⁴

Auch Dillthey spricht sich aus Steuerertragsgesichtspunkten prinzipiell für die Umsatzsteuer aus. Für problematisch an der reinen Umsatzbesteuerung (ohne weitere Steuerarten) hält er jedoch die Tatsache, dass

⁹⁸ Vgl. Werner (2007_2) S. 28

⁹⁹ Vgl. Werner (2007_2) S. 32

¹⁰⁰ Vgl. Füllsack (2002) S. 169

¹⁰¹ Vgl. Werner (2007_2) S. 29

¹⁰² Vgl. Willke(Füllsack) (1999) S. 286

¹⁰³ <http://www.das-parlament.de/2006/48/PlenumundAusschuesse/012.html>

¹⁰⁴ <http://www.unterschied-zukunft.de/index.php?id=54>

inländische Unternehmen beim Export von Gütern und Dienstleistungen keinerlei Abgabepflicht unterliegen und deshalb auch dem Staat kein finanzieller Gewinn entsteht. Für ein Exportland wie Deutschland könnte das sehr problematisch sein. Dilthey befürchtet dadurch eine zu hohe Kapitalkonzentration bei inländischen Großunternehmen, die zudem keine Gewinnsteuern abführen müssten.¹⁰⁵

Für Meinhard Miegel, den Leiter des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft in Bonn, ist eine verstärkte Umsatzfinanzierung des Sozialstaates eine gangbare Option – allerdings in Grenzen.¹⁰⁶ All das legt die Vermutung nahe, dass die Umsatzsteuer aus ökonomischer Sicht zur Finanzierung des Grundeinkommens beitragen kann – zumindest als wichtiger Bestandteil.

4.1.3 Finanzierung über Sozialumsatzsteuer

Neben Dilthey sieht auch Claude Gamel die Notwendigkeit einer Sozialumsatzsteuer. Länder mit hohen Sozialstandards wie Deutschland seien bei Importen aus Ländern mit billigerem Sozialnetz deutlich im Nachteil, da im Inland die Kosten der Sozialversicherungen die Arbeitskosten belasten. Durch eine soziale Mehrwertsteuer dagegen würden in- und ausländische Produkte gleichermaßen belastet.¹⁰⁷

Für Dilthey ist es besonders wichtig, in einer globalisierten Welt gute soziale Standards zu exportieren, statt schlechte zu importieren. Für andere Länder könne es ein Anreiz sein, ebenfalls die Sozialumsatzsteuer einzuführen, wenn diese in einem Handelspartnerland vorherrscht. Werden Waren in ein Land exportiert, das ebenfalls die Sozialumsatzsteuer eingeführt hat, können die entsprechenden Sätze verrechnet werden.

Man könnte diese Steuer auch als „Sozial-Schutzzoll“ bezeichnen. Für Länder, die die gleiche Steuer in gleicher Höhe einführen, ist die Steuer kostenneutral. Länder mit niedrigen Sozialstandards zahlen einen „Schutzzoll“.¹⁰⁸

Ein Beispiel für einen Handel zwischen zwei Ländern mit unterschiedlich hoher Sozial-Umsatzsteuer könnte so aussehen: Angenommen Deutschland hätte eine Sozial-Umsatzsteuer von 25 % und Ukraine 20 %, erhielte eine deutsche Firma, die Produkte in die Ukraine exportiert, vom ukrainischen Importeur 20 % Sozialumsatzsteuer; die fehlenden 5 %

¹⁰⁵ Vgl. Dilthey (2007) S. 5

¹⁰⁶ Vgl. Miegel (2002) S. 171

¹⁰⁷ Vgl. Gamel(1998) S. 1

¹⁰⁸ Vgl. Dilthey (2007) S. 6f

muss sie in Deutschland zahlen. Der spätere Käufer bezahlt die gesamte Sozialumsatzsteuer.¹⁰⁹

4.1.4 Öko-Steuer

Seit 1999 gibt es in Deutschland eine Öko-Steuer auf Kraftstoffe, Strom, leichtes Heizöl und Gas.¹¹⁰ In Großbritannien rechnete James Robertson bereits 1994 vor, dass mit einer Steuer auf Land und Energie ein Grundeinkommen von ca. 500 € für Renter und 350 € für Erwachsene sowie 100 € Kindergeld finanzierbar wäre. Ähnlich wie Werner argumentiert er, es sei völlig irrational, Steuern auf etwas zu verlangen, dass die Menschen der Gesellschaft geben (z.B. Mehrwert durch Arbeit), ohne umgekehrt etwas für das zu verlangen, was sie der Gesellschaft nehmen (Energie und Rohstoffe).¹¹¹ Werner sieht in der heutigen Öko-Steuer allerdings eine Steuer am Pol der Erzeugung, nicht an dem des Konsums. Er hält es für irrational, den Kraftstoff für Fahrten mit dem Krankenwagen genauso zu behandeln wie den Kraftstoff für Panzerfahrten.¹¹²

4.1.5 Kapitalumsatzsteuer

Dilthey schlägt zur weiteren Finanzierung eine Kapitalumsatzsteuer vor, die ähnlich funktionieren soll wie die Tobin-Steuer. Diese Steuer soll immer dann erhoben werden, wenn Geld vom reinen Zahlungsmittel zu einer Anlageform mit Warencharakter wechselt.¹¹³ Kurz: Der Handel von Finanzprodukten soll besteuert werden.¹¹⁴

Tobin hatte vorgeschlagen, eine Art Minimalsteuer von ca. 0,1% auf Devisengeschäfte zu erheben. Damit ließen sich die Steuerschlupflöcher internationaler Konzerne schließen. Er nahm an, dass damit die reinen Spekulationsgeschäfte eingedämmt werden könnten, ohne den wichtigen Handel zu gefährden.¹¹⁵

¹⁰⁹ Vgl. Drescher (2007_2) S. 10f

¹¹⁰ http://www.bmu.de/wirtschaft_und_umwelt/oekologische_finanzreform/doc/4027.php

¹¹¹ Vgl. Füllsack (2002) S. 174

¹¹² Vgl. Werner (2007_2) S. 33

¹¹³ Vgl. Dilthey (2007) S. 9

¹¹⁴ Vgl. Blaschke (2008) S. 31

¹¹⁵ Vgl. Füllsack (2002) S. 176

4.1.6 Konkretes Beispiel: Solidarisches Bürgergeld

Im Folgenden soll die Finanzierung des solidarischen Bürgergeldes näher untersucht werden. Es gibt eine Untersuchung des HWWI zum Bürgergeld nach Althaus und eine Studie im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung. Eine genaue Durchleuchtung gerade dieses Vorschlags erscheint als sinnvoll, zumal er sehr konkret ist und auf die bestehende Übergangsproblematik (z.B. bei den Renten) eingeht.¹¹⁶

Die Studie im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung (folgend KAS genannt) von 2006 zeigt, dass das solidarische Bürgergeld grundsätzlich finanzierbar ist. Bei einer reinen Berechnung des Netto-Bürgergeldes (ohne Krankenversicherungsprämie) entstünde ein Einnahmeüberschuss von 7,8 Mrd. € (Nettoausgaben 183 Mrd. €, Nettoeinnahmen 190,8 Mrd. €).

Hier fehlt aber noch das Geld für die Krankenversicherung. Aufgrund der Berechnung mit Berücksichtigung des bisher steuerfinanzierten Anteils der Sozialversicherung wird von einem zusätzlichen Finanzierungsbedarf für die neue Gesundheitsprämie von 167 bis 174 Mrd. € ausgegangen.¹¹⁷ Um diese Kosten zu decken kalkulieren Opielka und Strengmann-Kuhn mit verschiedenen Steuer- und Transferentzugssätzen.¹¹⁸ Das liegt nahe, da die durchschnittliche Belastung eines Steuerzahlers bereits heute bei 35-50 %, die Grenzbelastung bei bis zu 70 % liegt.¹¹⁹ Die KAS-Studie legt für die möglichen neuen Steuereinnahmen steuerbare Einkünfte von insgesamt 1.346,7 Mrd. € zu Grunde.¹²⁰

Steuersätze	BG-Höhe	Transfer- grenze	Kosten Bürgergeld	Einnahmen	Netto- Einnahmen
75:37,5	800:400	1066,7€	562,2	565,6	3,4
80:35	800:350	1000€	535,5	538,8	3,3
70:40	800:457	1142€	591	591,4	0,4

Tabelle 3: Notwendige Steuersätze und Varianten Solidarischen Bürgergeldes zur Finanzierung des Bürgergeldes und der Gesundheitsprämie

¹¹⁶ Vgl. Hohenleiter/Straubhaar (2007) S. 60

¹¹⁷ Vgl. Hohenleiter/Straubhaar (2007) S. 69f

¹¹⁸ Vgl. Opielka/Strengmann-Kuhn (2006) S. 69

¹¹⁹ Vgl. Hohenleiter/Straubhaar (2007) S. 70

¹²⁰ Vgl. Opielka/Strengmann-Kuhn (2006) S. 56

	Einsparvolumen	Bisherige Ausgaben	Anmerkung
Arbeitslosengeld II	37 Mrd. €	37 Mrd. €	
BAföG Ausbildungsförderung	1 Mrd. 0,5 Mrd.	1 Mrd. 0,5 Mrd.	
Hilfe in besonderen Lebenslagen	-	16 Mrd.	Umwandlung in Bürgergeldzuschlag
Hilfe Lebensunterhalt Grundsicherung Alter Wohngeld	2 Mrd.	2 Mrd. 2 Mrd. 1 Mrd.	Umwandlung in zusätzlichen Bürgergeldzuschlag
Elterngeld	3 Mrd.	4 Mrd.	nur Beträge oberhalb des Bürgergeldes
Pensionen	35 Mrd.	35 Mrd.	
Familienzuschläge (öffentlicher Dienst)	7 Mrd.	7 Mrd.	
Beihilfe	10 Mrd.	10 Mrd.	
Allgemeiner Bundeszuschuss zur Rentenversicherung	37,5 Mrd.	37,5 Mrd.	
Zusätzlicher Bundeszuschuss zur Rentenversicherung	17 Mrd.	17 Mrd.	
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	-	3 Mrd.	Sollte der Einfachheit beibehalten werden
Beiträge für Kinderziehung an die GRV	12 Mrd.	12 Mrd.	
Zuschuss zur Krankenversicherung	1,5 Mrd.	1,5 Mrd.	
Landwirtschaftliche Sozialpolitik	3,5 Mrd.	3,7 Mrd.	Kann bis auf Unfallversicherung wegfallen
Einsparung Verwaltungskosten	7 Mrd.	14 Mrd.	
Kindergeld	30 Mrd.	30 Mrd.	
Einsparvolumen	204 Mrd.	245 Mrd.	

Tabelle 4: Einsparpotenziale bei steuerfinanzierten Sozialleistungen nach Einführung eines solidarischen Bürgergeldes, Quelle: Opielka/Strengmann-Kuhn (2006) S.64

Das HWWI kritisiert teilweise die Berechnungen der KAS-Studie:

- Die heutigen Ausgaben zur Hilfe in besonderen Lebenslagen würden dann vollständig als Bürgergeldzuschlag verwendet. Dieser dürfte deutlich geringer ausfallen als die heutigen 19 Mrd. €
- Legt man die gesamten steuerfinanzierten Sozialtransfers von heute zu Grunde, so erscheint das geschätzte Einsparpotenzial von 204 Mrd. € als Untergrenze. Es gäbe Potenziale bis zu 276 Mrd. €
- In der KAS-Studie sind die Einnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung vom 1. Januar 2007 noch nicht berücksichtigt.
- Die steuerbaren Einkünfte liegen laut Statistischem Bundesamt um 300 Mrd. € höher als in der Studie. Die vorgesehene Besteuerung aller Einkünfte könnte den Einnahmenüberschuss von 7,8 Mrd. € um 75-150 Mrd. € erhöhen (Mischung aus Est 25 % und Transferentzug 50 %)¹²¹

Die rein statischen Berechnungen berücksichtigen bis zu diesem Punkt verständlicherweise noch nicht die dynamischen Effekte, die die Einführung eines solidarischen Bürgergeldes mit sich bringen könnte. Diese könnten sein:

- Rückgang der Schwarzarbeit und somit mehr Steuereinnahmen¹²²
- Förderung der Selbstständigkeit
- Steigende Bruttowertschöpfung wenn man annimmt, dass wesentlich mehr Menschen im Durchschnitt etwas weniger Erwerbsarbeitsstunden leisten und somit produktiver sind¹²³
- Positive Beschäftigungseffekte besonders im Niedriglohnbereich, da der fiktive Mindestlohn entfällt¹²⁴

Insgesamt geht das HWWI davon aus, dass sich die Einnahmesituation um etwa 170 bis 300 Mrd. € besser darstellen ließe, als in der KAS-Studie ausgewiesen¹²⁵ Somit könnte das Solidarische Bürgergeld die öffentlichen Haushalte bis zu über 100 Mrd. € entlasten.¹²⁶

¹²¹ Vgl. Hohenleiter/Straubhaar (2007) S. 71f

¹²² Vgl. Hohenleiter/Straubhaar (2007) S. 54

¹²³ Vgl. Hohenleiter/Straubhaar (2007) S. 52

¹²⁴ Vgl. Hohenleiter/Straubhaar (2007) S. 81

¹²⁵ Vgl. Hohenleiter/Straubhaar (2007) S. 74

¹²⁶ Vgl. Althaus (2007, Klimawandel) S. 53

4.2 Die Frage der Schaffung von Anreizen

Sehr gerne verwerfen Grundeinkommenskritiker den Vorschlag mit dem Argument, es fehlten Anreize zur Aufnahme einer Erwerbsarbeit. Wiesenthal geht davon aus, der Empfänger eines Grundeinkommens sei der Meinung, jetzt es käme es auf (Weiter-) Bildungs- und Mobilitätsbereitschaft nicht mehr an.¹²⁷

Auch Johannes-Andreas Pflug von der SPD befürchtet, die Menschen würden zugunsten der Freizeit weniger arbeiten, so dass die Produktivität sinken müsse.¹²⁸ Renate Schmidt betont ebenfalls, sie glaube nicht, dass viele Menschen bereit wären, über das Grundeinkommen hinaus zu arbeiten und Geld zu verdienen.¹²⁹

Dirk Niebel hält das Grundeinkommen einfach für eine populistische Forderung, die unabhängig von der Höhe keinen Anreiz zur Aufnahme einer Erwerbsarbeit darstelle.¹³⁰ Ähnlich sieht es Peter Hintze von der CDU, für den ein Grundeinkommen der Leistungsgerechtigkeit widerspreche und keinen Anreiz zur Aufnahme einer Erwerbsarbeit mit einem sozial geschützten Mantel biete.¹³¹

Für Sascha Liebermann zeigen diese fast deckungsgleichen Aussagen, wie sehr die Politiker den gegenwärtigen Verhältnissen verhaftet sind. Sie könnten sich nur schwer vom vorherrschenden sozialstaatlichen Denken lösen. Immer noch werde eine zu komfortable Absicherung – etwa durch ein bedingungsloses Grundeinkommen – als Hemmschuh für Eigeninitiative verstanden. Dabei lähmten laut Liebermann nicht die Transferleistungen die Initiative, sondern der damit verbundene einzige Auftrag, eine Erwerbsarbeit zu suchen.¹³²

Die insbesondere von Niebel und Hintze hochgehaltenen „Anreize“ zeigten, dass die neoliberal ausgerichtete Politik den Bürgern „eine Karotte vor die Nase“ binden wolle, die ihnen die Richtung aufzeigen solle. Die links ausgerichtete Politik dagegen wolle jedem Bürger einen Pflichtteil – in Form von Erwerbsarbeit – auferlegen. Beide politische Richtungen be-

¹²⁷ Vgl. Wiesenthal (2006) S. 2

¹²⁸ http://www.abgeordnetenwatch.de/johannes_andreas_pflug-650-5788--f69357.html#frage69357

¹²⁹ <http://www.abgeordnetenwatch.de/index.php?cmd=223&q=grundeinkommen>

¹³⁰ http://www.abgeordnetenwatch.de/index.php?cmd=223&id=0&filter=aw_rel&q=grundeinkommen&num=1#resultate

¹³¹ http://www.abgeordnetenwatch.de/index.php?cmd=223&id=0&filter=aw_rel&q=grundeinkommen&num=3#resultate

¹³² Vgl. Liebermann (Klimawandel 2007) S. 80f

wiesen so, wie sehr sie dem Bürger misstrauten. Sie glaubten nicht daran, dass ein Bürger aus eigenem Antrieb zur Gemeinwohlbildung beitragen könne.¹³³

Werner's Grundthese zielt ebenfalls auf die Freiheit der Menschen. Er geht davon aus, dass kaum jemand gar nicht mehr arbeiten würde. Unattraktive Jobs würden möglichst vollständig rationalisiert oder automatisiert oder müssten deutlich besser bezahlt werden. Das Grundeinkommen mache die Menschen nicht faul und apathisch, sondern führe im Gegenteil zu mehr Leistung. Angst und Zwang helfe wenig.¹³⁴ Ein Grundeinkommen trage vielmehr dazu bei, dass Menschen, die heute nur einen „Einkommensplatz“ haben, sich eine Tätigkeit suchen könnten, die Ihren Fähigkeiten entspreche.¹³⁵

Die These, ein Grundeinkommen biete keinen Anreiz zur Arbeit, ist besonders interessant. Heute ist dieser Arbeitsanreiz bei Empfängern von Lohnersatzleistungen faktisch nicht vorhanden. Hans Werner von Sinn bezeichnet diese Situation als „Eiger-Nordwand“. Damit beschreibt er recht deutlich den heutigen Zustand, in dem sich für Bezieher von Sozialleistungen eine Arbeit nur zu Minimalbeträgen, oder jenseits von 1500 € brutto rechnet (berechnet für eine 4-köpfige Familie). Alles, was dazwischen liegt, muss zu 85-100 % wieder abgegeben werden.¹³⁶

Diese Situation hat sich durch das vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz IV) in absoluten Zahlen minimal, grundsätzlich aber gar nicht verändert. Die folgende Grafik vergleicht das heute geltende Gesetz mit dem solidarischen Bürgergeld von Dieter Althaus. Es geht dabei nicht um das tatsächliche Nettoergebnis, sondern lediglich um die Entzugsraten bei Hinzuverdienst. Die aktuellen Zahlen sind dem ifo-Institut Dresden entnommen.¹³⁷

¹³³ Vgl. Liebermann (Klimawandel 2007) S. 83

¹³⁴ Vgl. Werner (2007_2) S. 42

¹³⁵ Vgl. Werner (2007_2) S. 19

¹³⁶ Vgl. Sinn (2004) S. 180f

¹³⁷ Vgl. Knabe (2006) S. 1f

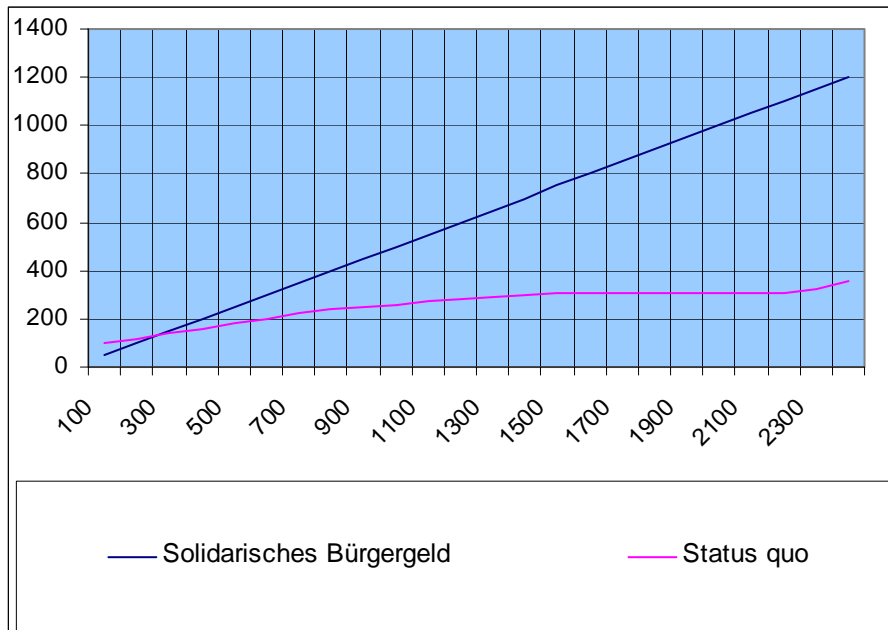


Abbildung 6: Was bleibt vom Zuverdienst? Beispiel 4-köpfige Familie. Vom Hinzuverdienst X verbleibt Y.

4.3 Die Frage der Gegenleistung

Ein sehr kritischer Punkt in der Diskussion ist die Frage der Gegenleistung. Im heutigen gesellschaftlichen Denken ist es für viele unvorstellbar, jemandem Geld zu überlassen, das an keine Bedingungen geknüpft ist. Das Grundeinkommen verletzt demnach die Reziprozität zwischen Rechten und Pflichten in einer Gesellschaft.¹³⁸ Reziprozität bedeutet Gegenseitigkeit – für jede Leistung muss eine Gegenleistung erbracht werden. Sehr viele Menschen haben das Bedürfnis, für Leistungen, die sie erhalten, eine Gegenleistung zu erbringen.¹³⁹

Van Parijs untersucht, was es bedeutete, wenn das BGE nicht bedingungslos wäre. Angenommen, das Grundeinkommen wäre an eine Gegenleistung, beispielsweise eine verpflichtende Arbeit im privaten oder öffentlichen Bereich, geknüpft. Ist der Arbeiter nicht von sich aus, also ohne behördlichen Zwang, zur Arbeit bereit, so ist die Produktivität wahrscheinlich sehr niedrig. So niedrig, dass der Arbeitgeber diesen Mitarbeiter kaum fest einstellen wird. Für solche Fälle kennt unser Sozialsystem

¹³⁸ Vgl. Füllsack (2002) S. 137

¹³⁹ <http://blog.my-skills.com/2008/06/06/reziprozitaet-wenn-jemand-ihnen-eine-cola-schenkt.html>

die Mindestsicherung, die – das dürfte einleuchten – für solche Fälle teurer ist als ein bedingungsloses Grundeinkommen, wenn man berücksichtigt, dass Einstellung und Entlassung Zeit und Kosten mit sich bringen.¹⁴⁰

Selbstverständlich gab und gibt es Menschen, die antriebslos sind und am liebsten gar nicht arbeiten würden, und die Gesellschaft muss sie tragen. Man kann davon ausgehen, dass solche „Faulpelze“ bei einem bedingungslosen Grundeinkommen einfach zu Hause blieben. Werner sieht hier einen großen Vorteil des Grundeinkommens gegenüber dem heutigen System: Heute können solche Menschen noch in Beschäftigungsverhältnisse gezwungen werden, mit dem beschriebenen Verlust an Energie. Zudem besetzt so ein unmotivierter Mensch einen Arbeitsplatz, den ein anderer vielleicht gerne hätte.¹⁴¹ Der Anteil der heutigen Arbeitslosen, die nicht arbeitswillig sind, liegt laut Meinhard Miegel bei etwa 5 %.¹⁴²

Ein anderes Szenario könnte eine Arbeitsverpflichtung sein, bei der die öffentliche Hand als Arbeitgeber einspringen müsste, wenn sich sonst niemand findet. Damit dadurch keine Verdrängungseffekte auf dem freien Markt entstehen, muss diese Beschäftigung für die ohnehin Arbeitsunwilligen äußerst unattraktiv sein. Die dadurch entstehenden Kosten (für Kontrolle, Streitschlichtung etc.) dürften denen für die der Verwaltung von Strafgefangenen entsprechen. Dass auf diese Weise rekrutierte Arbeitskräfte wohl noch weniger Arbeitsmoral und Produktivität an den Tag legen würden, dürfte auf der Hand liegen.¹⁴³

Angesichts der heutigen Arbeitsmärkte, die nicht mehr jedem Arbeit bieten können, wird zum Teil von einer Gegenleistung in Form von Arbeit Abstand genommen, aber zumindest die „Bereitschaft“ zur einer Gegenleistung (willingness-to-contribute) gefordert. Das erscheint akzeptabel, aber der Verwaltungsaufwand zur Feststellung der „willingness-to-contribute“ dürfte sehr hoch sein.¹⁴⁴

¹⁴⁰ Vgl. Vanderborght, Parijs (2005) S.70f

¹⁴¹ Vgl. Werner (2007) S. 109

¹⁴² Vgl. Miegel (2007) S. 175

¹⁴³ Vgl. Vanderborght, Parijs (2005) S.71

¹⁴⁴ Vgl. Füllsack (2002) S. 138f

4.4 Die Frage der Administrierbarkeit

Ein wesentlicher Vorteil des BGE ist der geringe administrative Aufwand, der deutlich geringer ist als das heutige Mischsystem der sozialen Sicherung aus den verschiedenen Sozialversicherungen, ALGII und diversen Beihilfen und Steuervergünstigungen. So ließe sich bereits durch den Wegfall gewisser Kontroll- und Verwaltungsorgane ein Teil der Grundsicherung finanzieren.¹⁴⁵ Dieter Althaus denkt hier praktisch: Man könne die durch Bürokratieabbau wegfallenden Staatsbediensteten nicht einfach entlassen (Beamtenstatus), aber verstärkt zur Kontrolle von Schwarzarbeit heranziehen. Zwar bietet sein System weniger Anreiz zur Schwarzarbeit, aber Kontrolle hält er trotzdem vorerst für nötig.¹⁴⁶

Konkret werden im Verwaltungsbereich durch das solidarische Bürgergeld (das grundsätzlich nicht das einfachste Modell eines Grundeinkommens ist) Einsparungen von 7 Milliarden € prognostiziert.¹⁴⁷ Für die Autoren des HWWI ist dies angesichts eines Verwaltungsaufwands allein für das ALGII in Höhe von 3,5 Milliarden € eine sehr vorsichtige Schätzung.¹⁴⁸

Die Auszahlung des Grundeinkommens könnte ggf. von privaten Banken und Kreditinstituten in Form einer „Sozialkreditkarte“ übernommen werden. Eine Auszahlung, die für jeden Bürger gleich ist oder lediglich nach Alter unterscheidet, könnte mit relativ geringem Aufwand – „Minimaladministration“ – von einem Computerprogramm geleistet werden.¹⁴⁹

4.5 Argumente der Grundeinkommensgegner

Einige Argumente der Gegner des Grundeinkommens sind bereits genannt worden. Der Grünenpolitiker Christoph Butterwegge, der sich gegen das Grundeinkommen ausspricht, ist ein Verfechter der Bismarckschen Sozialpolitik. Für ihn liegt der Vorteil darin, dass die aus Beiträgen erworbenen Leistungen verfassungsrechtlich geschützt sind und im Gegensatz zu steuerlichen Leistungen „keine „Alimentation von Bedürftigen darstellen“.¹⁵⁰

Dabei übersieht er – absichtlich oder unabsichtlich – dass sich die Anforderungen der heutigen Arbeitswelt grundlegend geändert haben. Viele

¹⁴⁵ Vgl. Füllsack (2002) S. 139

¹⁴⁶ Vgl. Hohenleiter/Straubhaar (2007) S. 73

¹⁴⁷ Vgl. Opielka/Strengmann-Kuhn (2006) S. 64

¹⁴⁸ Vgl. Hohenleiter/Straubhaar (2007) S. 71

¹⁴⁹ Vgl. Füllsack (2002) S. 139

¹⁵⁰ Vgl. Butterwegge (2006) S. 39

Problemlösungen aus der Zeit der Industrialisierung sind nach Meinung mancher noch immer gültig, obwohl sich die Grundlagen längst verändert haben. Normalarbeitsverhältnisse, Tariflöhne, fixe Arbeitszeiten und Arbeitnehmervertretungen sind zwar noch vorhanden, aber im Grunde bereits überholt.¹⁵¹

Dass ein solches Arbeitsverhältnis längst nicht mehr die Regel ist sieht man heute sehr deutlich. Deutschland hat eine Erwerbsquote von 65 %, das sind rund 40 Millionen Menschen. Davon haben nur noch knapp zwei Drittel ein „Normalarbeitsverhältnis“, im Gegensatz zu über 80 % in den 70er Jahren.¹⁵²

Für Butterwege entspricht eine bedarfsorientierte Grundsicherung und eine Bürgerversicherung dem Bismarckschen System; das Bürgergeld dagegen wäre nicht systemkonform. Er ist wie viele eher links orientierte Politiker gegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, die besonders die kinderreichen Familien treffe. Aber gerade die würden von einem Grundeinkommen am stärksten profitieren.¹⁵³

Butterwegge kommt zu dem Schluss, ein bedingungsloses Grundeinkommen sei eine unrealisierbare, realitätsfremde Utopie, die von politischen Nahzielen wie allgemeinem Mindestlohn und höheren Regelsätzen für ALGII-Empfänger ablenke.¹⁵⁴ Das macht einmal mehr deutlich, dass Politiker dazu neigen, Problemlagen isoliert zu betrachten, statt nach einer „Gesamtlösung“ zu suchen.¹⁵⁵

Daniel Kreutz, der ebenfalls dem linken politischen Lager angehört, ist bei ver.di und attac engagiert. Er setzt sich kritisch mit dem Bürgergeldvorschlag der Partei: „Die Linke“ auseinander.¹⁵⁶ Ich habe dieses Konzept bislang nicht beschrieben, da eine realistische Finanzierung nicht gewährleistet ist und es bestenfalls mit einem erheblichen Bundeszuschuss umzusetzen wäre.¹⁵⁷

Dieser Vorschlag zeichnet sich durch einen auskömmlichen Transfer in Höhe von 950 € aus, der mit dem herkömmlichen Sozialsystem verbunden werden soll. Kinder unter 16 Jahren bekommen das halbe Bürgergeld. Parallel dazu soll ein Mindestlohn eingeführt werden in Höhe von

¹⁵¹ Vgl. Füllsack (2002) S. 26

¹⁵² Vgl. Werner (2007_1) S. 20f

¹⁵³ Vgl. Werner (2007_2) S. 29

¹⁵⁴ Vgl. Butterwegge (2006) S. 40

¹⁵⁵ Vgl. Füllsack (2002) S. 185

¹⁵⁶ http://perspektiven.verdi.de/mindestsicherweg/bge_fehlerorientierung

¹⁵⁷ Vgl. Blaschke (2008) S. 25

mindestens 8,71 € (entsprechend dem aktuellen Mindestlohn in Frankreich). Kranken- und Pflegeversicherung soll für Bezieher des Grundeinkommens kostenfrei sein, bei sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bleibt alles wie bisher.

Finanziert werden soll das über eine Grundeinkommensabgabe von 35 % auf alle Einkünfte, die über das Grundeinkommen hinausgehen. Die Einkommensteuer wird auf einen Eingangssteuersatz von 7,5 % und einen Spitzensteuersatz von 25 % gesenkt. Zusätzlich soll es Vermögens-, Energie-, Börsen- und Luxusumsatzsteuern sowie eine Tobin Steuer geben.¹⁵⁸

Kreutz bemängelt an diesem Vorschlag, damit werde der Staat zum vorrangigen Garanten der Existenzsicherung für jedermann. Er sieht die Gefahr einer durchgängigen Senkung der Entgelte um die Höhe des Grundeinkommens durch die Arbeitgeber. Dagegen beruhe ein Mindestlohn auf der Annahme, dass der Arbeitgeber Vollzeitbeschäftigten ein Einkommen gewährt, das mindestens ausreicht, um die Existenz zu sichern.

Weiter befürchtet Kreutz eine Spaltung des Arbeitsmarkts. Er geht von „Massenerwerbslosigkeit“ einerseits bei gleichzeitig anhaltend hohen, wenn nicht steigenden Arbeitszeiten andererseits aus, die zur Reproduktion des Wohlstands nötig seien.¹⁵⁹ Dieses Argument zeigt deutlich, wie sehr insbesondere die Gewerkschaften noch in alten Denkmustern gefangen sind: Sie wollen sich nichts anderes vorstellen als ein „Normalarbeitsverhältnis“.¹⁶⁰

Kreutz fürchtet zudem, ein BGE könne den „neoliberalen“ politischen Gegnern in die Hände spielen, deren Konzepte keine Besserstellung der Armen, sondern den radikalen Abbau des Sozialstaates zu Gunsten der Reichen vorsähen.¹⁶¹ Dieses Argument verweist auf ein weiteres Hindernis für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens: Keine der traditionellen Parteien würde sich völlig einer Idee verschreiben, die Gedankengut der Opposition enthält, sondern genau aus diesem Grund dagegen argumentieren.¹⁶²

¹⁵⁸ Vgl. Blaschke (2008) S. 24f

¹⁵⁹ http://perspektiven.verdi.de/mindestsicherweg/bge_fehlerorientierung

¹⁶⁰ Vgl. Füllsack (2002) S. 26

¹⁶¹ http://perspektiven.verdi.de/mindestsicherweg/bge_fehlerorientierung

¹⁶² Vgl. Füllsack (2002) S. 185

Helmut Wiesenthal vertritt die Argumente der anderen politischen Seite. Er sieht in der niedrigeren Erwerbsquote, die die Grundeinkommensbefürworter offen anstreben, eine Bremse für die Produktivität. Die heute existierenden Qualifikations- und Motivationsdefizite sowie die Mobilitätshemmnisse bedürften gegenteiliger Reformen. Die Inklusionsanreize müssten steigen.

Er fürchtet – nicht viel anders als die Vertreter der Linken – die Entstehung abgesonderter sozialer Milieus und eine verstärkte Tendenz zur Selbstexklusion. Sollte ein Grundeinkommen verstärkt über die Einkommensteuer finanziert werden, so bestehe die Gefahr, dass Kleinunternehmer, die an der Rentabilitätsgrenze wirtschaften, und Arbeiter im Niedriglohnbereich auf die Seite der Grundeinkommensbezieher wechseln.¹⁶³

Dieses letzte Argument lässt sich anhand des „solidarischen Bürgergeldes“ von Dieter Althaus überprüfen, das verstärkt über die Einkommensteuer finanziert werden soll. Hierzu ein fiktives Beispiel: Einem Arbeiter im Fleischerhandwerk NRW steht bei 39 Wochenarbeitsstunden laut Tarif ein Monatslohn von brutto 1257 € zu.¹⁶⁴ Das ergibt bei einem Ledigen und Kinderlosen ohne Kirchensteuerpflicht und mit einem GKV-Beitrag von 12,90 % ein Nettoeinkommen von 902,32 €.¹⁶⁵ Als alleinstehendem Arbeitsloser stünden ihm beim Regelsatz von 347 € monatlich plus Unterkunft (z.B. 355 € monatlich) 702 € ALGII zu.¹⁶⁶

Bei der Einführung eines „solidarischen Bürgergeldes“ würde sich seine Lage wie folgt verändern: Grundsätzlich stünde ihm das Bürgergeld von 800 € zu, davon blieben nach Abzug der Krankenversicherungsprämie netto 600 €. Da sein Bruttogehalt unterhalb der Schwelle von 1600 € liegt, unterläge er dem Steuersatz bzw. Transferentzug von 50 %. Alle weiteren Abgaben als Arbeitnehmer entfielen, so dass ihm von den brutto 1257 € Erwerbseinkommen 50 %, also 628,50 € verblieben. Zusammen mit dem Bürgergeld hätte er netto 1228,50 €. Würde er – wie Wiesenthal befürchtet – jetzt auf die Seite der Grundeinkommensbezieher wechseln, bliebe ihm nur das Bürgergeld von 600 €.¹⁶⁷

Einen guten Einwand aus der Sicht der gesellschaftlichen Reproduktion liefert Peter Mersch. Er bescheinigt modernen Gesellschaften, in denen

¹⁶³ Vgl. Wiesenthal (2006) S. 2ff

¹⁶⁴

http://www.boeckler.de/32207.html?page=berufe_0379_0121_0079.xml&vm=beruf

¹⁶⁵ eigene Berechnungen

¹⁶⁶ <http://www.geldsparen.de/inhalt/rechner/Soziales/Sozialhilferechneri.php?>

¹⁶⁷ Vgl. Althaus (2008) S. 11

die Geschlechter gleichberechtigt sind, die „Elimination of the fittest“, da insbesondere die paritätische Arbeitsteilung und die häufige Entscheidung gut gebildeter Frauen gegen Kinder zu einer „negativen Selektion“ führe.“¹⁶⁸

Das irrationale Reproduktionsverhalten des modernen Sozialstaates verdeutlicht er mit einem Beispiel aus der Natur. Bei Giraffen herrscht das Prinzip des „Survival of the fittest“. Die genetische Stärke der Giraffen ist der lange Hals, der sich im Laufe der Evolution immer stärker ausgeprägt hat. Bei der Reproduktion sind also die besonders langhalsigen Giraffen im Vorteil.

Gäbe es bei Giraffen einen Sozialstaat, der ähnlich wie der unsrige funktioniere, so müssten die besonders langhalsigen Artgenossen – die die meisten Blätter von hohen Bäumen abgreifen können – einen großen Anteil Ihrer Beute an ihre kurzhalsigeren Artgenossen weitergeben, die nun ihrerseits den Hauptteil der Reproduktion übernehmen, wodurch sich im Laufe der Generationen die Hälse verkürzen und die Art vom Aussterben bedroht wäre.¹⁶⁹

Mersch befürchtet nun eine solche „negative Selektion“ bei einem bedingungslosen Grundeinkommen – das ja auch für jedes Kind gezahlt würde –, weil sich dann immer mehr Menschen ohne gute Bildung und anspruchsvollen Job ausschließlich auf die Reproduktion konzentrieren könnten, während die gebildeten Schichten auch weiter keinen Anreiz zur Fortpflanzung hätten.¹⁷⁰

Etwas anders sieht das Diana Siebert von der Heinrich-Böll-Stiftung. Sie befürchtet, die Menschen könnten sich mit dem Grundeinkommen ein schönes Leben in einem Land mit niedrigeren Lebenshaltungskosten machen, wie es heute schon bei manchen Rentnern der Fall ist. Eine exakte Überprüfung des Aufenthalts ist nach ihrer Meinung kaum möglich.¹⁷¹

4.6 Weitere Gründe für ein Grundeinkommen

Grundsätzlich stehen wir im herkömmlichen kapitalistischen Arbeitsmarkt vor einem Dilemma. Die Entgelte der Beschäftigten müssen hoch genug sein, um nicht nur den Beschäftigten, sondern auch nicht erwerbs-

¹⁶⁸ Vgl. Mersch (2007) S. 54

¹⁶⁹ Vgl. Mersch (2007) S. 58

¹⁷⁰ Vgl. Mersch (2007) S. 91ff

¹⁷¹ Vgl. Siebert (2006) S. 2

tätige Haushaltsmitglieder zu versorgen. Auf der anderen Seite dürfen die Lohnkosten aber nicht so hoch sein, dass sie die Nachfrage nach Arbeitskräften senken.¹⁷²

Heute, wo das anscheinend nicht mehr funktioniert, wir aber einen sehr hohen Produktivitätsfortschritt erleben, spricht man von einem „Mangel im Überfluss“. Überfluss, weil sich mit wenigen Arbeitern viel produzieren lässt, Mangel, weil die dadurch gewachsene Zahl der Arbeitslosen den Lohn unter Druck setzen. So gesehen, ist Deutschland ein Land der Paradoxe. Wir haben Probleme mit unserem Überfluss: In der Landwirtschaft Milchseen, Butterberge, Weizen- und Weinschwemmen, in der Rüstungsindustrie wird auf Halde produziert und anschließend zum Teil wieder verschrottet. Das sei nötig, um Stärke zu zeigen und Arbeitsplätze zu erhalten, heißt es.

Auf der anderen Seite haben wir Probleme mit dem Mangel. Die dadurch bedingten überproportionalen Ausgaben müssen bei einer Rezession in anderen Bereichen, z.B. Bildung, Erziehung und Sozialarbeit, gekürzt werden. Laut Hardorp ist Deutschland desorientiert, es fehle am Zielbewusstsein. Um Arbeitsplätze zu erhalten werde der technische Fortschritt begrenzt. Es frage sich nur, ob nicht gerade dieser Fortschritt eine bessere Versorgung ermögliche. Hardorps Antwort lautet: Ja und nein. Ja, weil wir uns mehr und leichter durch Roboter usw. mit Gütern versorgen könnten. Nein, weil wir nicht wissen, wie wir die erzielten Erlöse in Einkommen umsetzen können. Wir haben also ein Verteilungs- und damit auch ein Kaufkraftproblem.¹⁷³

In erster Linie hängt das mit den überproportional steigenden Vermögenseinkommen zusammen, denen ein verhältnismäßig immer kleinerer Teil von Arbeitseinkommen gegenübersteht. Bei steigendem Kapital und rückläufigem Arbeitseinsatz war diese Entwicklung seit langem absehbar, aber leider profitiert der größte Teil der Beschäftigten davon nicht, weil die Gewerkschaften Gewinnanteile für die Arbeitnehmer ablehnten. Das führte zur Stagnation der Kaufkraft der Arbeitnehmer.¹⁷⁴

Georg Vobruba spricht in diesem Zusammenhang von einer Rationalitätenfalle. Für die einzelnen Unternehmen sei es rational, die Löhne zu senken, volkswirtschaftlich gesehen dagegen seien Unternehmen auf eine hohe Nachfrage angewiesen, das heißt auf hohe Kaufkraft und hohe Löhne der Verbraucher. Für den einzelnen Angestellten hingegen sei es angesichts niedrigerer Löhne rational, einen Zweitjob anzunehmen, was volkswirtschaftlich zu einer Verdrängung, bzw. einem erhöhten Arbeitsan-

¹⁷² Vgl. Offe (2005) S. 132

¹⁷³ Vgl. Hardorp (2008) S. 107f

¹⁷⁴ Vgl. Miegel (2007) S. 159

gebot führe und damit die Löhne unter Druck setze.¹⁷⁵ Im 19. und frühen 20. Jahrhundert sei es angemessen gewesen, die Verteilungswirkung durch Erwerbsarbeit zu erzielen, heute dagegen könnten gesellschaftlich unerträgliche Einkommens- und Vermögensungleichheiten allein durch Erwerbsarbeit nicht mehr ausgeglichen werden.¹⁷⁶

Werner sieht ein Problem für den Standort Deutschland insbesondere im überregulierten Arbeitsmarkt. Niedrigere Lohnstückkosten – die mit einem bedingungslosen Grundeinkommen wieder möglich wären – könnten den Wirtschaftsstandort Deutschland deutlich attraktiver machen. Die heute sehr überzogen anmutenden Arbeitsmarktregelungen ließen sich wesentlich freier gestalten, so dass mehr Beschäftigung möglich würde. Und ganz besonders wichtig: Die heute als „unfinanzierbar“ bezeichnete soziale Kultur- und Pflegearbeit würde indirekt gefördert.

Werner hält sehr viele der heute üblichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für äußerst absurd und eine Gängelung der mündigen Bürger.¹⁷⁷ Er sieht sogar offen die „Arbeitslosigkeit als Chance“.¹⁷⁸ Diese Chance sieht auch Sascha Liebermann, der sich besonders über das Misstrauen der Politik gegenüber den Bürgern sowie über das ständige Bemühen der Politik ärgert, Erwerbsarbeit um der Erwerbsarbeit willen zu schaffen. Der Glaube, damit Leistung schaffen zu können, sei ein Irrtum. Viel mehr hänge Leistung davon ab, dass sich jemand aus eigenem Antrieb und mit Hingabe einer Sache widme. Da, wo jemand nur als Alibi eingestellt werde, könne Leistung kaum entstehen.

Besonders fatal sei die hiesige Einstellung, Engagement und Arbeit müsse stets Qual und Fremdbestimmung sein. Man gehe davon aus, dass der Mensch von Natur aus faul sei. In Wirklichkeit könne Verlässlichkeit und Gewissenhaftigkeit bei der Arbeit nur vom einzelnen ausgehen, von seiner freiwilligen Bereitschaft. Angst oder Zwang hingegen spornten nicht an, sondern lähmten. Diese negative Grundhaltung beraube uns der Chancen, die die anhaltende Produktivitätssteigerung biete.

Insbesondere für die Jugend sei die Freiheit durch ein bedingungsloses Grundeinkommens wichtig. Was heute als „Herumtrödelei“ beklagt werde, könne als Muße und Selbstfindung erkennbar werden.¹⁷⁹ Der Druck, der auf heutigen Jugendlichen lastet, ist für Liebermann der „Feind jeden Wagnisses“. So greifen viele Jugendliche heute aus Not schnell nach dem

¹⁷⁵ Vgl. Vobruba (2000) S. 35ff

¹⁷⁶ Vgl. Miegel (2007) S. 161

¹⁷⁷ http://www.unternimm-die-zukunft.de/ausgewaehlte_Texte/bedingungsloses_grundeinkommen.pdf

¹⁷⁸ Vgl. Werner (2007_2) S. 36

¹⁷⁹ Vgl. Liebermann (2006) S. 15f

erstbesten, was einen Weg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen scheint, und treffen damit Entscheidungen für Tätigkeiten, die sie gar nicht wollen. Die Jugendlichen können also nicht frei erkunden, was für sie das Beste ist. Wir geben ihnen nur sehr begrenzt die Möglichkeit, Tätigkeiten auszuprobieren, ohne daraus sofort eine Berufsentscheidung machen zu müssen. Es herrscht zu viel Angst, Entscheidungen revidieren zu müssen, obwohl manchmal gerade das das Vernünftigste wäre.¹⁸⁰

Hier sei eine Revolution in der Bildung nötig, die Neugierde fördern und Erfahrungen ermöglichen müsste. Bildung gehe genau wie das Engagement vom einzelnen aus und lasse sich nicht verordnen. Wohl jeder kenne das Phänomen, das die Schule aus neugierigen Vorschulkindern lustlose, ernüchterte junge Erwachsene mache.¹⁸¹

Besonders interessant könnte die Wirkung eines BGE in Hinblick auf das Verhältnis zwischen Unternehmern und Mitarbeitern sein. Sowohl öffentliche wie private Organisationen wären aufgerufen, um gute Mitarbeiter zu werben. Gute Arbeitsbedingungen könnten wichtiger werden als gute Bezahlung. Zudem verleihe ein Grundeinkommen den potenziellen Mitarbeitern eine gewisse Verhandlungsmacht. Arbeitsbedingungen wären frei verhandelbar und müssten nicht über einen Sammeltarifvertrag einheitlich geregelt sein.¹⁸² Das heißt, bei guten Arbeitsbedingungen könnten die Löhne also auch sinken, was für den internationalen Wettbewerb wünschenswert wäre.

Gleichzeitig entstünde durch diese Flexibilisierung und die finanzielle Grundlage der Anreiz, selber unternehmerisch aktiv zu werden.¹⁸³ Althaus sieht hier die Möglichkeit, Risiko auch als Chance zu begreifen – quasi ein Sprungbrett für Selbstinitiative.¹⁸⁴

Es gibt auch Grundeinkommensbefürworter, die in einem BGE mehr Chance für Frieden und Umweltschutz sehen. Aus ihrer Sicht könnte insbesondere der heute so kritisierte Müßiggang einen ganz anderen Stellenwert bekommen, weil er die Umwelt am wenigsten belastet. Zudem könnte man umwelt- oder friedenspolitisch bedenkliche Beschäftigungen ablehnen.¹⁸⁵

¹⁸⁰ Vgl. Liebermann (2007) S. 93

¹⁸¹ Vgl. Liebermann (2007) S. 76

¹⁸² http://www.cultura21.de/magazin/oekonomie/oe200611_frei01.html

¹⁸³ Vgl. Füllsack (2002) S. 155f

¹⁸⁴ Vgl. Althaus Klimawandel (2007) S. 54

¹⁸⁵ Vgl. Vobruba (2005) S. 2

Ronald Blaschke plädiert in diesem Zusammenhang für eine „solidarische Ökonomie“, die in der äußeren Natur keine zu plündernde Menge an Ressourcen sieht, sondern einen gleichberechtigten, eigenständigen Mitbewohner des ganzen Hauses. Der kapitalistische Beschäftigungsstaat fordere der Umwelt zu viel ab. Besonders kritisch sei der Massenkonsum zu betrachten. Heute werde die Lebensdauer der Güter sogar absichtlich verkürzt, um den Absatz zu erleichtern. Eine solidarische Ökonomie mit einem Grundeinkommen könne die Menschen von falschen Bedürfnissen befreien, das heißt von solchen, die sich als Modeerscheinungen erweisen und nur dadurch entstehen, dass „jeder andere das auch hat“.¹⁸⁶

¹⁸⁶ Vgl. Blaschke (2007) S. 106ff

5 Mögliche Alternativen

Alternativen könnten die dem Grundeinkommen ähnliche negative Einkommensteuer sowie Kombilöhne zur Unterstützung von „Niedriglöhnern“ darstellen. Ein Mindestlohn scheidet als wirksame Alternative aus, da das Grundsatzproblem Armut mit einem Mindestlohn nicht bekämpft werden kann. Eine Forderung von 7,50 € oder 8,70 € steht laut iwd auf „tönernen Füßen“. Begründen lässt sich das mit den nach Familienstand unterschiedlichen ALGII- Bezügen: Während bei einem Single 5 € Stundenlohn den Leistungen des Job-Center entsprechen, wären es bei einem Familienvater mit 4 Kindern mindestens 12 €¹⁸⁷

5.1 Negative Einkommensteuer

Eine negative Einkommensteuer als Alternative zu einem bedingungslosen Grundeinkommen geht deutlich in die gleiche Richtung. Sie versteht sich genauso als Transfergrenzenmodell wie das „solidarische Bürgergeld“ von Dieter Althaus. Ein wesentlicher Unterschied zwischen dem Modell von Althaus und der negativen Einkommensteuer ist jedoch der geknickte Steuertarif: Beim Althaus-Modell sinkt die Steuerlast ab einem eigenen Einkommen von 1600 € auf 25 %, während eine negative Einkommensteuer von einem einheitlichen Satz für alle Einkünfte ausgeht.¹⁸⁸

Ein weiterer Unterschied besteht darin, dass es sich um eine „nachträgliche Vergütung“ handelt, sofern das Erwerbseinkommen unterhalb der Transfergrenze liegt. Ein Grundeinkommen in allen vorgestellten Varianten wird hingegen vorab bezahlt. Zudem kommt noch der abgewandelte Bezug. Eine negative Einkommensteuer bemisst das Haushaltseinkommen und ist somit nicht mit dem Individualitätsprinzip vereinbar, das ein Grundeinkommen bietet.¹⁸⁹

Ein „emanzipatorisches Grundeinkommen“, wie in den Modellen von Werner/Hardorp oder Dilthey, unterscheidet sich noch stärker von der negativen Einkommensteuer. Laut Dilthey wird bei Transfergrenzenmodellen horizontal umverteilt (Geringverdiener stützen Erwerbslose), während ein auf Umsatzsteuer basierendes Modell eine Verteilung vom „Viel-

¹⁸⁷ <http://www.adf-inkasso.de/news/060616.htm>

¹⁸⁸ Vgl. Dilthey (2007) S. 13

¹⁸⁹ Vgl. Blaschke (2004) S. 17

konsumierer“ zu demjenigen vornimmt, der nur wenig konsumieren kann.¹⁹⁰

5.2 Kombilohn

Unter einem Kombilohn versteht man allgemein die Kombination aus (geringem) Erwerbseinkommen und staatlichem Transfer.¹⁹¹ Die Befürworter des Kombilohns unterstellen, es gebe auf dem Arbeitsmarkt eine positive Relation von Einkommen und Qualifikation. Angesichts des hohen Anteils gering Qualifizierter bei den Arbeitslosen behaupten Sie schlicht, es fehle ein breiter Niedriglohnssektor.

Der Kombilohn soll erreichen, dass sich auch im unteren Einkommensbereich die Arbeit lohnt (gegenüber ALGII), und darüber hinaus die Unternehmen von den Kosten entlasten, die als Einstiegsbarriere wirken.¹⁹² Straubhaar befürchtet, ein Kombilohn könne die Unternehmen zur Senkung der Löhne veranlassen, nach dem Motto: „Wir senken die Löhne, der Staat gibt ja ohnehin was dazu“.¹⁹³ Das könnte das freie Spiel von Angebot und Nachfrage untergraben.

Ein Kombilohn hat das klare Ziel, die Beschäftigung zu fördern. Die Massenarbeitslosigkeit von gering qualifizierten Personen ließe sich durchaus mit einem Kombilohn bekämpfen. Nach einer Studie der FiFo Köln entfaltet ein Kombilohn jedoch nur dann eine starke Beschäftigungswirkung, wenn er mit Workfare-Modellen kombiniert ist.¹⁹⁴ Unter Workfare versteht man die Verpflichtung zu gemeinnütziger Arbeit für die Empfänger von Lohnersatzleistungen, die die Bereitschaft, einen Arbeitsplatz im regulären Arbeitsmarkt anzunehmen, wesentlich erhöhen.¹⁹⁵

¹⁹⁰ Vgl. Dilthey (2007) S. 3

¹⁹¹ www.kombilohn.net

¹⁹² Vgl. IMK Report (2006) S. 1f

¹⁹³ Vgl. Werner (2007_2) S. 80

¹⁹⁴ Vgl. Fuest/Peichl (2007) S. 17

¹⁹⁵ Vgl. Fuest/Peichl (2007) S. 15

6 Persönlicher Vorschlag für ein bGE

Da es zahlreiche Möglichkeiten zur Ausgestaltung eines bedingungslosen Grundeinkommens gibt, die jeweils eigene Chancen und Risiken mit sich bringen, muss ein eigener Vorschlag sehr vieles berücksichtigen. Da die dynamischen Auswirkungen eines BGE nur sehr schwer zu prognostizieren sind und bei der Einführung sehr genau beobachtet werden müssen, wird auf eine genaue Durchrechnung des Vorschlages verzichtet. Dennoch kann man von einer seriösen Finanzierung ausgehen, denn die Zahlen weichen nicht weit vom „solidarischen Bürgergeld“ ab, zudem kommt noch eine erhöhte Umsatzsteuer ins Spiel.

Grundsätzlich sollte das heutige Steuer- und Transfersystem weitgehend abgeschafft werden. Die immense Belastung des Faktors Arbeit ist nicht mehr zeitgemäß. Das gilt vor allem für die ungleiche Belastung der verschiedenen Einkommensarten und Einkommenshöhen, die zu viele Verwerfungen auf dem Markt schafft und Anreize zur Schwarzarbeit gibt.

Ein „idealtypisches Grundeinkommen“ einzuführen erscheint jedoch aus mehreren Gründen problematisch. Kinder leben mit in der Wohnung der Eltern und verursachen deswegen weniger Kosten als ein allein lebender Erwachsener. Die Bemessung des Grundeinkommens nach Haushaltgröße ist aber erstens mit einem zu hohen Verwaltungsaufwand verbunden und bringt zweitens die Gefahr falscher Angaben bei den Ämtern mit sich. Lebenspartner könnten sich absichtlich getrennt melden, um mehr Geld zu erschleichen.

Hinzu kommt noch, dass ein absolut gleiches Grundeinkommen für jedermann je nach seiner Höhe einen alleinstehenden einkommenslosen Menschen „arm“ und eine Familie, auch ohne weitere Einkünfte, reich machen könnte. Aus diesen Gründen – und um den Vorteil des geringen Verwaltungsaufwands zu bewahren – müsste ein Grundeinkommen nach Alter gestaffelt sein. Diese Staffelung ließe sich einmalig bei der Einführung sowie im folgenden bei der Geburt durch ein Kreditinstitut in ein Programm eingeben, so dass die Auszahlung ohne weiteren Aufwand erfolgen könnte.

Die Gefahr einer Geldabwanderung ins Ausland ließe sich durch die Einführung eines Kartensystems vermeiden. Dabei würde das Grundeinkommen monatlich auf eine Karte eingezahlt und könnte nur direkt ausgegeben werden; Barabhebungen sind nicht möglich. Heute, in Zeiten des Online-banking, wo bereits jeder Kiosk über ein Kartenlesegerät verfügt, dürfte das technisch kein Problem und auch nicht zu teuer sein.

Bei der Höhe des Grundeinkommens gehe ich, ähnlich wie Althaus, von einem System aus zunächst kleineren Geldtransfers zuzüglich Krankenversicherungspauschale aus. Das Grundeinkommen sollte für einen Alleinstehenden etwa dem heutigen Hartz IV-Satz entsprechen. Das wären bei dem oben erwähnten Beispiel 702 €, das heißt, etwa 900 € Bürgergeld abzüglich 200 € Krankenversicherungspauschale. Für ein kinderloses Paar ergäben sich entsprechend auskömmliche 1400 €, die aber keineswegs einen Anreiz zum Nichtstun geben dürften. Die Höhe sollte nicht statisch sein, sondern wie beim Dilthey-Modell abhängig von der Leistung des Landes an gewisse Stellschrauben gekoppelt werden, Dabei geben die 700 € netto lediglich eine Richtung nach heutigem Stand an; die Höhe müsste ggf. nach 1-2 Jahren angepasst werden.

Bei Kindern gestaltet sich die Sache schwieriger. Die weitere Schaffung von Anreizen zur Reproduktion für nicht erwerbstätige Menschen mit niedrigem Bildungsstand ist für ein Land nicht wünschenswert und stellt die Regel des „Survival of the fittest“ vollkommen auf den Kopf.¹⁹⁶ Gleichzeitig sollen alle Kinder aber die bestmögliche Ausbildung bekommen. Hier ließe sich z.B. statt eines Bürgergelds für Kinder eine Bildungsprämie einführen, die – ebenfalls über die Karte – nur durch entsprechende Bildungs- und Betreuungseinrichtungen abrufbar wäre. Damit wäre es auch möglich, das Bildungssystem vollständig zu privatisieren. Die individuellen Stärken und Schwächen der Kinder sollten wesentlich früher gefördert werden.

Konkret könnte man z.B. für das erste Kind 300-400 € Bürgergeld plus Krankenversicherung gewähren, alternativ einen Steuerfreibetrag, wie er bereits heute üblich ist. Für jedes weitere Kind gäbe es dann nur noch den Steuerfreibetrag, plus Bildungsprämie (evtl. 400 €) für alle Kinder, die von privaten oder öffentlichen Einrichtungen abgerufen werden kann. Da bereits heute Säuglinge in Krippen und Tagesstätten betreut werden können, sollte dieser Betrag (per Karte) ab Geburt des Kindes zur Verfügung stehen.

Für die Finanzierung wäre übergangsweise eine Mischung aus Einkommen- und Konsumsteuer denkbar. Dabei wären Steuersätze zwischen 25 % und 40 % zunächst eine akzeptable Lösung. Man könnte diese Steuer, vergleichbar dem Althaus-Modell, bei den untersten Einkommen bei 40 % ansetzen und nach oben hin ggf. auf 25 % senken. Die Begründung: Im unteren Einkommensbereich macht sich ein zusätzliches Einkommen von 200 € schon sehr stark bemerkbar. Man kann mit geringem Aufwand seinen Lebensstandard erheblich steigern. Unser heutiges progressives Steuersystem führt dazu, dass man sich für Arbeiten, die man als Student gerne gemacht hat, auf einmal „zu fein“ sein muss, wenn

¹⁹⁶ Vgl. Mersch (2007) S. 54

man nach dem Studium in den Bereich 30 % und mehr Steuern kommt. Das fördert die Klassentrennung, statt sie zu mildern.

Eine Steuer von 40 % für die untersten Einkommen mag gegenüber dem heutigen Transferentzug von 80-100 % sogar wenig erscheinen. Es ist aber besonders für Menschen im unteren Einkommensbereich wichtig zu erfahren, dass Sie sich mit eigener Mühe legal deutlich besser stellen können, als dies heute der Fall ist. Auf jeden Fall sollte es sich bei der Einkommensteuer – wie bei Althaus – um eine Personensteuer handeln, unabhängig vom Familienstand. Man hat diese „unfaire Behandlung“ der Ehe oft gegen sein System ins Feld geführt, aber dem lässt sich das dann doppelte Grundeinkommen im Haushalt entgegenhalten. Für den öffentlichen Haushalt ist der geringe Verwaltungsaufwand von Vorteil. Zudem würde bei einer degressiven Steuer das Ehegattensplitting in jedem Fall zum Steuernachteil.¹⁹⁷

Die Steuer könnte wie folgt aussehen:

Steuersatz	Einkommen pro Jahr	Steuerlast	Effektive Steuerlast unter Berücksichtigung des Bruttobürgergeldes	
			(900€)	in %
40%	10000	4000	-6800	-68%
40%	20000	8000	-2800	-14%
35%	30000	11500	700	2,33%
35%	40000	15000	4200	10,50%
35%	50000	18500	7700	15,40%
30%	75000	26000	15200	20,27%
30%	100000	33500	22700	22,70%
25%	250000	71000	60200	24,08%
25%	500000	133500	122700	24,54%

Tabelle 5: Eigener Vorschlag für ein Grundeinkommen

Wenn man bei den Steuersätzen das Grundeinkommen berücksichtigt stellt man fest, dass aus der „degressiven Steuer“ effektiv eine progressive Steuer von 25 % wird. Man könnte hierfür ähnlich wie heute eine genaue Steuerlasttabelle festlegen. Umgekehrt gibt diese Besteuerung einen enormen Anreiz, mehr zu verdienen. Da zunächst der Einfachheit wegen immer 40 % abgezogen werden, erhält man bei der Steuererklärung vom Finanzamt umso mehr zurück.

¹⁹⁷ Vgl. Hohenleiter/Straubhaar (2008) S. 61

Aber um Vertrauen in das Grundeinkommen zu schaffen und seine Unabhängigkeit vom Erwerbseinkommen deutlich zu machen, sollte nicht zwischen großem und kleinem Bürgergeld unterschieden werden, wie Althaus das tut; vielmehr sollte die Auszahlung unabhängig von der Steuerlast sein. Dies lässt sich erreichen, wenn man Auszahlung und Steuer voneinander trennt. D.h., die Banken zahlen monatlich aus, während die Steuer z.B. direkt am Ort ihres Entstehens (bei der elektronischen Lohnzahlung am Monatsende oder beim Konsum in Märkten) vom Finanzamt eingezogen werden.

Die Konsumsteuer sollte deutlich „umweltfreundlicher“ gestaltet werden und wesentlich mehr Tarife umfassen. Da sämtliche direkten Sozialabgaben wegfallen, werden die Arbeitgeber stark entlastet. Das sollte sich bei den Preisen bemerkbar machen. Um einen entsprechenden Ausgleich vorzunehmen, sollte der Eingangssteuersatz bei 25 % liegen. Auf Öl und Gas liegt bereits heute ein Steuersatz von weit über 100 %; hier könnte man sich auf eine ähnliche Höhe einigen. Je nach den politischen Zielen könnte man manche Produkte auch gar nicht besteuern, etwa Solarzellen für die Dächer oder Fahrzeuge, die einen neuen Umweltstandard markieren (Biomasse, Solar).

Zur Funktionsweise der neuen Karte muss man einige Überlegungen anstellen. Auf keinen Fall soll sie den Benutzer als „Stützeempfänger“ abstempeln. Wenn es möglich wäre, vollkommen vom Bargeld weg zu kommen, so verblieben neben der neuen Karte noch die herkömmlichen Kredit- und Bankkarten. Um die neue Karte als gängigstes Zahlungsmittel zu fördern, sollte es möglich sein, auf ihr zwei verschiedene Konten zu haben, eines für das Grundeinkommen (das, wie schon gesagt, nicht bar abgehoben werden kann, sondern nur zur Ausgabe im Inland gedacht ist), eins für das Privatvermögen.

Die Kontentrennung auf der Karte soll verhindern, dass sich jemand mit dem Grundeinkommen ein Vermögen anspart, denn es soll ja zur Refinanzierung wieder in Umlauf gebracht werden. Das heißt, es darf sich maximal 2500 € auf dem Bürgergeldkonto befinden. Wer sein Bürgergeld nicht verbraucht, bekommt es automatisch nicht mehr oder bekommt, wenn er weniger ausgibt, entsprechend weniger. Auf dieses Geld hat er dann auch keinen nachträglichen Anspruch – es ist weg.

Um umgekehrt einen Anreiz zu geben, die neue Karte auch für das zweite Konto zu nutzen, statt ein eigenes Bankkonto einzurichten (oder den Inlandskonsum anzuregen), könnte man diese Funktion subventionieren.

Nehmen wir als Beispiel ein „Normalarbeitsverhältnis“. Der Mitarbeiter Maier erhält sein Gehalt von 3000 € brutto am Monatsende ausbezahlt.

Dann hat er nach Abzug von zunächst 40 % Einkommensteuer ca. 1800 € netto, etwa das gleiche wie früher. Bei Überweisung auf sein Bankkonto erhält er diesen Betrag, bei Überweisung auf die Bürgergeldkarte hingegen (bei einer Subvention von 90=100) sogar 2000 €. Das ist als Bonus zu verstehen, kann er doch über sein Geld nicht mehr völlig frei verfügen, sondern es nur im Inland ausgeben. Dadurch steigen die Einnahmen aus der Umsatzsteuer.

Ein Problem bei dem beschriebenen bargeldlosen Bürgergeldkarten-System gibt es bei den Kindern. Für Kinder ist es, wie man weiß, sehr wichtig, schon in früher Kindheit den Umgang mit Geld zu erlernen. Denkbar wäre, dass Eltern oder Verwandte bei dem Kreditinstitut, das das Bürgergeld auszahlt, eine Art „Taschengeldübertragung“ für Kinder einrichten lassen, in geringer Höhe und steuer- oder gebührenfrei. Spätestens mit dem 18. Lebensjahr sollten die Kinder selber das volle Bürgergeld bekommen, bei gleichzeitigem Wegfall der Bildungsprämie. Für das Geld, das Kinder unter 18 Jahren selbst verdienen, könnte ebenfalls das zweite Konto, hier das „Taschengeldkonto“ benutzt werden. Einkommen von Jugendlichen werden ebenfalls mit 40 % versteuert.

In einer Gesellschaft mit einem Grundeinkommen gibt es keinerlei Subventionen mehr, weder für Theater und Kultur noch für den Kohlebergbau o.ä. Kulturarbeit soll durch das Grundeinkommen indirekt gefördert werden. Genauso wenig gibt es eine Umverteilung von jungen, erfolgreichen zu alten, unrentablen Unternehmen. Umgekehrt bedeutet das die Verringerung des Einflusses der Lobby der großen Unternehmen. Das ermöglicht wieder freie Märkte, ohne Oligopole wie bei der Energieversorgung. Der Staat muss nicht mehr, wie heute, den Erhalt der Arbeitsplätze in den Mittelpunkt stellen, sondern kann darauf setzen, dass die Bevölkerung selbst tätig wird.

Körperschafts- und Gewerbesteuer werden ersatzlos gestrichen, für Unternehmer soll, wie in Diltheys Modell, Einkommensteuer nur für Entnahmen erhoben werden. Geld, das im Unternehmen bleibt, wird nicht besteuert.

Eine andere Möglichkeit wäre es, das Bürgergeld etwas zu verringern, dafür aber gewisse Produkte frei zur Verfügung zu stellen. Eine derartige Umgestaltung der Gesellschaft hat Erich Fromm vorgeschlagen. Er kann sich vorstellen, Brot, Gemüse und öffentliche Verkehrsmittel frei zur Verfügung zu stellen. Für vieles andere ließe sich ein gerechter Verteilungsschlüssel finden.¹⁹⁸ Unter umweltpolitischen Gesichtspunkten erscheint dieser Gedanke äußerst attraktiv.

¹⁹⁸ Vgl. Fromm (2001) S. 28ff

Führt man das weiter, wären staatliche Betriebe, etwa Gewächshäuser, Bäckereien etc., denkbar. Beim heutigen technischen Fortschritt ließe sich das auch auf einfache Elektrogeräte ausweiten. Staatliche Betriebe könnten einfache Massenprodukte sehr kostengünstig produzieren. Die so hergestellten Elektrogeräte orientierten sich ausschließlich an niedrigen Kosten, so dass sie auf dem freien Markt nicht mit bestehenden Produkten konkurrieren, wohl aber deren Absatz in Deutschland drücken könnten. Ob man das wirklich will, ist eine schwierige Frage, aber aus kosten- und umweltpolitischer Sicht sicherlich einer Überlegung wert.

7 Abschließende Bewertung

In unserem Land läuft einiges falsch. Es gibt zu viele falsche Anreize. Der Ehrliche ist der Dumme, sei es bei der GEZ oder der Steuererklärung. Durch den Länder-Finanzausgleich hat kein Bundesland mehr einen Anreiz, sparsam mit seinen Mitteln umzugehen. Auch das Sparen für schlechtere Zeiten macht seit Hartz IV keinen Sinn mehr, da man seine Ansprüche verliert. Die Menschen werden immer enger an den Staat gebunden, anstatt sich frei entfalten zu können. Natürlich gibt es Menschen die man an die Hand nehmen muss. Dies sollte aber nicht dazu führen, Selbstständigen Menschen ein Bein zu stellen (Hartz IV).

Nicht selten wird nicht der bedient, der es am nötigsten hat, sondern der, der am lautesten schreit.¹⁹⁹ Nicht nur aus diesen Gründen brauchen wir ein in jeder Hinsicht leistungsfreundliches System. Der Staat hat seine Bürger zu sehr mit sozialem Schutz bedacht und bekommt allmählich die gesellschaftlichen Auswirkungen zu spüren. Eltern (Rentner) werden nicht mehr in der Familie versorgt, sondern in Heime abgeschoben; schließlich hat der Staat versprochen, sich um die Alten zu kümmern. Aber ein Sozialstaat kann nur funktionieren, wenn sich die Bevölkerung nicht auf ihn verlässt.

Auch Zivilcourage ist ein selten gewordenes Phänomen; man ruft lieber nach der Polizei, die sei schließlich dafür da.²⁰⁰ Besonders enttäuschend verhält sich die Jugend: Statt wie die 68er-Generation ein wenig an den gesellschaftlichen Grundwerten zu rütteln, wird heute bestenfalls gegen unbedeutende Neuerungen wie die Studiengebühren auf die Straße gegangen. Die Forderung: „Lern etwas Anständiges und such dir einen Job fürs Leben“, wird stillschweigend, bestenfalls leicht aufmüpfig, angenommen.

Die Möglichkeit, eine Arbeit gegebenenfalls abzulehnen (im Kleinen wie im Großen), haben heute nur finanziell unabhängige Menschen. Abhängigkeit schafft Herrschertum. Das Grundeinkommen ist eine Antwort – nicht auf alle - aber auf sehr viele Fragen, während anderes wie Kombi- und Mindestlohn nur Antworten auf eine sehr spezifische Fragestellung sein können. Sie sind jedenfalls keine Antwort auf die Frage nach der Freiheit des Menschen und die strukturellen Probleme des heutigen Arbeitsmarkts und der Verteilung.

¹⁹⁹ Vgl. Miegel (2007) S. 233

²⁰⁰ Vgl. Miegel (2007) S. 229

Etwa die Hälfte der Bevölkerung erhält bereits heute staatlichen Fürsorgeleistungen. Ehrenamtliche Arbeit übersteigt die Erwerbsarbeit im Verhältnis 5:3. Auf ihr baut unsere Gesellschaft im selben Maße auf. Es wäre also gar kein so großer Schritt mehr, jeden Bürger zum Empfänger einer Versorgungsbasis zu machen und damit zu zeigen, dass alle Arbeit geschätzt wird.

Die Zeit ist reif! Die Finanzmarktkrise wird spätestens 2010 in der Realwirtschaft ankommen und auf die Arbeitslosigkeit durchschlagen. Bereits heute sind sich viele Ihres Arbeitsplatzes und seiner Zukunft nicht mehr sicher. Diesen Menschen geht es nicht besser als Arbeitslosen: Auch sie können nicht mehr planen und haben praktisch keine Perspektive mehr.

Es gibt bereits heute eine Reihe von Springern, neudeutsch „Freelancer“, die bei Firmen einspringen, so lange die Auftragslage gut ist. Und das ohne soziale Absicherung und bei häufig schlechter Bezahlung. In Zukunft wird ihre Zahl steigen, genauso wie die der Zeitarbeiter. Wir können diesen Trend nicht aufhalten, aber wir können seinen Folgen mit einem bedingungslosen Grundeinkommen begegnen. Es wird höchste Zeit, das Beste aus dem zu machen, was ist, denn eine Gesellschaft mit einem derart hohen Produktivitäts- und Bildungsstand hat es – um auf das Müntefering-Zitat vom Anfang zurückzukommen – nicht nötig, mit den gesellschaftlichen Werten eines unterentwickelten Bauernvolks zu leben.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Abgeordnetenwatch.de (1), Antworten der Abgeordneten zum Thema Grundeinkommen, Dirk Niebel (FDP), http://www.abgeordnetenwatch.de/index.php?cmd=223&id=0&filter=aw_rel&q=rundeinkommen&num=1#resultate, abgerufen am 09.12.08

Abgeordnetenwatch.de (2), Antworten der Abgeordneten zum Thema Grundeinkommen, Johannes-Andreas Pflug (SPD), http://www.abgeordnetenwatch.de/johannes_andreas_pflug-650-5788-f69357.html#frage69357, abgerufen am 09.12.08

Abgeordnetenwatch.de (3), Antworten der Abgeordneten zum Thema Grundeinkommen, Renate Schmidt (SPD), <http://www.abgeordnetenwatch.de/index.php?cmd=223&q=grundeinkommen>, abgefragt am 09.12.08

Abgeordnetenwatch.de (4) Antworten der Abgeordneten zum Thema Grundeinkommen, Peter Hintze (CDU), http://www.abgeordnetenwatch.de/index.php?cmd=223&id=0&filter=aw_rel&q=rundeinkommen&num=3#resultate, abgerufen am 09.12.08

Alaska Department of Revenue (2008): Permanent Fund Dividend Division, Overview of the 2008 Dividend Calculation, <https://www.pfd.state.ak.us/forms/2008Forms/2008DividendCalculation.pdf>, abgerufen am 09.12.08

Allgemeine Datenbank für Forderungseinzug GmbH (2006): News und Infos 2006: Untersuchung: Niedriglohn und Armut, <http://www.adf-inkasso.de/news/060616.htm> abgerufen am 2.12.2007

Althaus, D. (2007): Soziale Sicherheit und wirtschaftliche Freiheit – die zwei Seiten einer Medaille, in: Klimawandel und Grundeinkommen – Die nicht zufällige Gleichzeitigkeit beider Themen, Verlag ANDREAS MASCHA, München, S. 49-55

Althaus, D. (2008): Das solidarische Bürgergeld, www.d-althaus.de/fileadmin/PDF/BG02052008.pdf, abgerufen am 09.12.2008

Bandorf, G. (2008): „Wer nicht arbeitet, soll auch nichts Essen!“, www.grundeinkommen-bonn.de/pages/texte/wer_nicht_arbeitet.pdf, abgefragt am 08.12.08

Blaschke, R. (2004): Garantiertes Grundeinkommen – Entwürfe und Begründungen aus den letzten 20 Jahren, Dresden

- Blaschke, R. (2007):** Oikos und Grundeinkommen – Ansprüche an Transformation und Emanzipation, in: Klimawandel und Grundeinkommen – Die nicht zufällige Gleichzeitigkeit beider Themen, Verlag ANDREAS MASCHA, München, S.105-116
- Blaschke, R. (2008):** Aktuelle Grundeinkommensmodelle in Deutschland. Vergleichende Darstellung, Netzwerk Grundeinkommen, Berlin
- Bommi2000.de:** Unterrichtshilfe zum Stoffgebiet „Die öffentlichen Ausgaben“ S.26ff, http://www.bommi2000.de/wirkkunde/wk07_222.pdf, abgerufen am 09.12.08
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2006):** Kurzinfo Ökologische Finanzreform, http://www.bmu.de/wirtschaft_und_umwelt/oekologische_finanzreform/doc/4027.php#top, abgerufen am 09.12.08
- Butterwegge, C. (2006):** Krise und Zukunft des Sozialstaats, in: Freiheit statt Vollbeschäftigung? – Reader Grundsicherung/Bedingungsloses Grundeinkommen, Bündnis 90/Die Grünen NRW, Düsseldorf, S.35-40
- Das-Parlament.de, (2006):** Mehreinnahmen durch höhere Mehrwertsteuer, <http://www.das-parlament.de/2006/48/PlenumundAusschuesse/012.html>, abgerufen am 09.12.08
- Deutsche Sozialversicherung (2008):** Homepage der deutschen Sozialversicherung, <http://www.deutsche-sozialversicherung.de/index.html>, sowie die Finanzierung der Krankenversicherung, <http://www.deutsche-sozialversicherung.de/de/krankenversicherung/finanzierung.html> und Finanzierung der gesetzlichen Unfallversicherung, <http://www.deutsche-sozialversicherung.de/de/unfallversicherung/finanzierung.html> abgerufen am 20.06.2008
- Dilthey, M.(2007):** Das Dilthey Modell zur Ausgestaltung eines emanzipatorischen BGE, Projekt Jovialismus, website <http://www.iovialis.org>
- Drescher, J. (2007_1):** Funktionsansätze der Grundeinkommensmodelle, Projekt Jovialismus, website <http://www.iovialis.org>
- Drescher, J. (2007_2):** Auslegung und Begründung der Steuerarten des Dilthey-Modells, Projekt Jovialismus, website <http://www.iovialis.org>
- Drescher, J. (2008):** Wirtschaftliche Betrachtung der Modellansätze für ein Bedingungsloses Grundeinkommen anhand der Wertschöpfung von Waren und Dienstleistungen, Projekt Jovialismus, website <http://www.iovialis.org>
- Elbeshausen H. (1994):** Deutschland: Wirtschaft und Gesellschaft, Forlaget Samfundslitteratur
- Fromm, E. (2001):** Psychologische Aspekte zur Frage eines garantierten Einkommens für alle, in: Klimawandel und Grundeinkommen – Die nicht zufällige Gleichzeitigkeit beider Themen, Verlag ANDREAS MASCHA, München S.23-37

Fuest C., Peichl A., (2007): Grundeinkommen vs. Kombilohn: Beschäftigungs- und Finanzierungswirkungen und Unterschiede im Empfängerkreis, Finanzwissenschaftliches Institut an der Universität Köln

Füllsack, M. (2002): Leben ohne zu arbeiten? AVINUS Verlag, Berlin

Gall, L. (2004): Europa auf dem Weg in die Moderne 1850-1890, Oldenburg Wissenschaftsverlag

Gamel, C. (1998): The Use of „Employment rents“ for the Financing of Basic Income. Paper presented at the 7th International Congress on Basic Income on 10-12 September 1998 in Amsterdam, The Netherlands

Geldsparen.de, (2008): Sozialhilfe-Rechner, <http://www.geldsparen.de/inhalt/rechner/Soziales/Sozialhilferechneri.php?#>, abgerufen am 09.12.08

Glaeske/Trittin (2007): Weichenstellung: Die GKV der Zukunft, St. Augustin, Bremen

Grundeinkommen2008.org: Matthias Dilthey, <http://www.grundeinkommen2008.org/2008/09/25/matthias-dilthey/>, abgerufen am 09.12.08

Hans Böckler Stiftung, (2007): Wer verdient was? Beruf „Arbeiter/-in“ Fleischerhandwerk NRW, WSI Tarifarchiv, http://www.boeckler.de/32207.html?page=berufe_0379_0121_0079.xml&vm=be-ruf, abgerufen am 09.12.08

Hardorp, B. (2008): Arbeit und Kapital als schöpferische Kräfte, Universitätsverlag Karlsruhe

Hohenleitner I., Straubhaar T. (APuZ 51-52/2007): Grundeinkommen und soziale Marktwirtschaft in Bundeszentrale für politische Bildung, http://www.bpb.de/publikationen/PXCUKG,0,Grundeinkommen_und_soziale_ abgerufen am 09.12.08

Hohenleitner I., Straubhaar T. (2007): Bedingungsloses Grundeinkommen und solidarisches Bürgergeld – mehr als sozialutopische Konzepte, HWWI und Universität Hamburg

Hosang M. (2007): Klimawandel und Grundeinkommen – Die nicht zufällige Gleichzeitigkeit beider Themen, Verlag ANDREAS MASCHA, München

Igel (2007): Finanzierung von Kranken- und Pflegeversicherung, Peter Lang, Frankfurt

IMK-Report (8/2007), Kombilöhne - Zwischen Illusion und Wirklichkeit. Hans-Böckler-Stiftung Düsseldorf

Jacks, P. (2005): Konzeptionelle Ansätze für allgemeine Grundsicherung, Abschlussarbeit zur Erlangung des Magister Artium, Johann Wolfgang von Goethe Universität, Frankfurt am Main

Junginger, J (2007): Arm trotz Arbeit, Das Prekariat als Strukturmerkmal - Herausforderung zum Handeln Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt, Bad Boll

Knabe, A. (2006): Warum Zuverdienstregeln und Kinderzuschlag negative Arbeitsanreize setzen, Themenschwerpunkt ALG II, in: ifo Dresden berichtet 2/2006, S.10-15

kombilohn.net (2008): Plattform für weiterführende links rund um Kombilöhne

Kreutz, D. (2006): „Bedingungsloses Grundeinkommen“ – eine Fehlorientierung, http://perspektiven.verdi.de/mindestsicherung/bge_fehlorientierung, abgerufen am 09.12.08

Liebermann, S. (2006): Freiheit ermöglichen, Solidarität stärken, Leistung fördern – durch ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Bürger, in: Freiheit statt Vollbeschäftigung? – Reader Grundsicherung/Bedingungsloses Grundeinkommen, Bündnis 90/Die Grünen NRW, Düsseldorf, S.25-27

Liebermann, S. (2007): Freiheit ermöglichen, Demokratie stärken, Leistung fördern – durch ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Bürger, in: Klimawandel und Grundeinkommen, Verlag ANDREAS MASCHA, München, S. 73-104

Mersch, P. (2007): Irrweg Bürgergeld, Books on demand GmbH, Norderstedt

Miegel M. (2007): Die deformierte Gesellschaft, 6. Auflage 2007, Ullstein Verlag, Berlin

Offe, C. (2005): Armut, Arbeitsmarkt und Autonomie, in: Van Parijs P., Vanderborght Y. (2005): Ein Grundeinkommen für alle? Campus Verlag, Frankfurt/New York, S. 131-150

Opielka M., Strengmann-Kuhn W., (2006): Das Solidarische Bürgergeld – Finanz- und sozialpolitische Analyse mit Empfehlungen zur Operationalisierung, Studie im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung, Königswinter

Petersen, G. (2008): Reziprozität – wenn jemand Ihnen eine Cola schenkt, <http://blog.my-skills.com/2008/06/06/reziprozitaet-wenn-jemand-ihnen-eine-cola-schenkt.html>, abgerufen am 09.12.08

Reitner J., Weber K. (2005): Das System der Erde, Was bewegt die Welt? Universitätsverlag Göttingen

Ritter (1983): Sozialversicherung in Deutschland und England - Entstehung und Grundzüge im Vergleich, München: Beck

Schuh (2005): Vorlesung Produktionsmanagement I, Vom Taylorismus zur Virtuellen Fabrik, RWTH Aachen

- Siebert, D. (2006):** Ein bedingungsloses Grundeinkommen ist nationalstaatlich nicht machbar, Heinrich Böll Stiftung, www.boell.de/downloads/bildungskultur/bedingungsloses-Grundeinkommen-nationalstaatlich.pdf, abgerufen am 09.12.08
- Sombart, N. (1987):** Nachdenken über Deutschland, Piper Verlag GmbH, München
- Sinn, H.-W. (2004):** Ist Deutschland noch zu retten?, 5. Auflage 2004, Ullstein Buchverlage GmbH, München
- Stempel C. (2007):** Die wirtschaftliche Entwicklung in Mitteleuropa im frühen 19. Jahrhundert- der Beginn der Industrialisierung, GRIN Verlag
- Strutynski, P. (2001):** „Streiten Sie mit uns für die Tobin-Steuer, Herr Tobin!“, <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Globalisierung/tobin.html>, AG Friedensforschung an der Uni Kassel
- Unternimm-die-zukunft.de:** Finanzierung und Wirkung eines bedingungslosen Grundeinkommens, <http://www.unterschied-die-zukunft.de/index.php?id=54>, abgerufen am 09.12.2008
- Van Parijs P., Vanderborght Y. (2005):** Ein Grundeinkommen für alle? Campus Verlag, Frankfurt/New York
- Vobruba, G. (2000):** Alternativen zur Vollbeschäftigung, Suhrkamp Verlag, Frankfurt
- Vobruba, G. (2005):** Gute Gründe reichen nicht – Zur neuen Diskussion eines garantierten Grundeinkommens, in: Entkoppelung von Arbeit und Einkommen. Das Grundeinkommen in der Arbeitsgesellschaft, VS Verlag für Sozialwissenschaften,
- Werner, G.W. (2007_1):** Einkommen für alle, Kiepenheuer & Witsch, Köln
- Werner, G.W. (2007_2):** Ein Grund für die Zukunft: das Grundeinkommen, Interviews und Reaktionen, Verlag freies Geistesleben, Stuttgart
- Werner G.W., Hardorp B., (2006):** Bedingungsloses Grundeinkommen – Ein Weg aus Arbeitslosigkeit und Bevormundung?, in: Freiheit statt Vollbeschäftigung? – Reader Grundsicherung/Bedingungsloses Grundeinkommen, Bündnis 90/Die Grünen NRW, Düsseldorf, S.14-18
- Wiesenthal, H. (2006):** Glanz und Elend eines radikalen Konzepts, www.afs-ev.de/divpap/grundeinkom2.pdf, abgerufen am 09.12.08
- Willke, G. (1999):** Die Zukunft unserer Arbeit, Frankfurt/New York (Campus)
- Win Lohninfo (2008):** Beitragssätze und Bemessungsgrenzen in der Sozialversicherung, http://www.guckmal.de/loh_sozv.htm, abgerufen am 02.07.2008
- Zeit (2006):** Arbeiten fürs Essen, 10.05.2006, <http://www.zeit.de/online/2006/20/Schreiner>, abgefragt am 08.12.08

Zimmermann, C. (2005): Das Grundeinkommen für Alle, in: *Tópicus* (Bonn) 44 (2005)
1, S. 26-28